

217

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr**PI-80.30/1-483/69 VS-vertraulich****1. Juli 1969**

Betr.: Haltung der Bundesregierung zur Frage der Anerkennung der DDR
durch Staaten der Dritten Welt

Die Bundesregierung hat am 30. Mai eine Erklärung über ihre Haltung zur Frage der Anerkennung der DDR abgegeben.¹ Die anliegende Aufzeichnung versucht,

- die Lage zu analysieren und die voraussichtliche Entwicklung darzustellen (Teil A);
- das politische und wirtschaftliche Instrumentarium zur Abwehr der Anerkennungstendenzen zu beschreiben (Teil B);
- zu untersuchen, inwieweit das Instrumentarium der Erklärung vom 30. Mai flexibel gehandhabt werden kann (Teil C);
- zu zeigen, aus welchen Gründen es sinnvoll ist, den Anerkennungsprozeß zu verzögern (Teil D);
- eine Formel zu nennen, die es der Bundesregierung erleichtern würde, bei einem Scheitern der Abwehrpolitik eine neue Position zu beziehen (Teil E).

Die Aufzeichnung schließt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und einigen Schlußfolgerungen für die Deutschlandpolitik.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär² dem Herrn Minister³ vorgelegt.

Bahr

[Anlage]

Betr.: Anerkennung der DDR durch dritte Staaten

A. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha, dem Irak, dem Sudan, Syrien und dem Süd-Jemen⁴ ist es der DDR in den letzten Wochen gelungen, unsere Politik der Nichtanerkennung zu unterlaufen.

Kambodscha ist in mancher Hinsicht ein Sonderfall⁵, der nicht unbedingt andere Staaten zur Nachahmung anreizt. Den übrigen Ländern, die Beziehungen zur DDR aufgenommen haben, ist gemeinsam, daß sie zum arabischen Raum und in diesem zu den „progressistischen“, innenpolitisch besonders labilen Län-

¹ Zur Grundsatzerklärung der Bundesregierung über die Deutschland- und Friedenspolitik vgl. Dok. 179, besonders Anm. 43.

² Hat Staatssekretär Duckwitz am 2. Juli 1969 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Brandt am 16. Juli 1969 vorgelegen.

⁴ Mit der DDR nahmen am 30. April 1969 der Irak, am 8. Mai 1969 Kambodscha, am 27. Mai 1969 der Sudan, am 6. Juni 1969 Syrien und am 30. Juni 1969 die Volksrepublik Jemen diplomatische Beziehungen auf.

⁵ Kambodscha brach am 10. Juni 1969 die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab.

dern gehören. Auch sie wirken daher nicht notwendigerweise beispielgebend. Insofern besteht vermutlich keine unmittelbare Gefahr eines „Erdrutsches“ von Anerkennungen der DDR.

Trotzdem ist die bisherige Situation qualitativ verändert, weil die DDR erstmals zu nichtkommunistischen Staaten Beziehungen aufgenommen hat.

Von der DDR, der Sowjetunion und ihren Verbündeten kann auf dritte Staaten unter Hinweis auf die vollzogenen Anerkennungen verstärkter Druck ausgeübt werden, ein Gleiches zu tun. Andererseits wird bei diesen Staaten die Befürchtung fortfallen, bei Anerkennung der DDR automatisch dem kommunistischen Lager zugerechnet zu werden.

Je mehr nichtkommunistische Staaten die DDR anerkennen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß auch weitere Staaten dies tun (Kumulationseffekt). Ferner kann die Neigung entstehen, es bestimmten anderen Staaten oder Staatengruppen gleich zu tun, z.B. um nicht „zu spät“ zu kommen und noch wirtschaftliche oder politische Vorteile zu realisieren (Nachläufereffekt).

Diese Entwicklung kann zu einer Schwelle führen, jenseits derer unsere bisherige Politik auch in ihrer Ausprägung durch die Fünf-Punkte-Erklärung vom 30. Mai dieses Jahres nicht mehr beibehalten werden kann, weil der Schaden des Fortfalls oder der Verringerung unserer Präsenz in den betreffenden Ländern und der Verschlechterung unserer Beziehungen zu ihnen in keinem annehmbaren Verhältnis zu dem Nutzen solcher Maßnahmen mehr steht. Der Selbstisolationseffekt ohne Abschreckungswirkung hätte politisch keinen Wert und würde sich nur gegen uns kehren.

Diese Schwelle wird überschritten, wenn die Anerkennung von einer größeren Zahl von Ländern, die an sich geringe Bedeutung haben, oder von einer der Mächte vollzogen wird, denen in ihrem geographischen Bereich wegweisende Bedeutung zukommt (Schlüsselmächte). Wir müßten dann die Anerkennung der DDR ohne wesentliche Gegenreaktion hinnehmen und damit zu erkennen geben, daß wir uns mit der Anwesenheit von zwei deutschen Botschaften auch in nichtkommunistischen Ländern abfinden werden. Es ist zu erwarten, daß ein großer Teil der Länder der Dritten Welt den gegebenen Beispielen folgen wird, abgesehen von solchen Ländern, die sich für die DDR nicht interessieren oder Verbindungen zu Kommunisten überhaupt ablehnen. Auch bei unseren Verbündeten werden die auf Anerkennung der DDR hinarbeitenden Kräfte wachsen.

Die Anerkennung der DDR durch weitere arabische Staaten würde eine entsprechende auslösende Wirkung wohl noch nicht haben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß alle arabischen Staaten einen solchen Schritt täten, und in jedem Falle würde es sich noch um eine Bewegung innerhalb des arabischen Raumes in seiner Besonderheit handeln. Dies gilt vermutlich sogar für die VAR, die außerhalb der arabischen Welt nicht in gleichem Maße wie früher als Vorbild und als Schlüsselmacht der ungebundenen Welt empfunden wird und bei der klar wäre, daß es sich in ihrem Falle um eine Wirkung des „Nachläufer“-Effektes handeln würde. Allerdings bleibt auch hier bestehen, daß die Anerkennung durch weitere Staaten und besonders durch ein relativ großes Land wie die VAR den Kumulationseffekt erheblich verstärken und zu einer Schwächung unserer Position in weiteren Ländern beitragen müßte.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die derzeitigen bilateralen Anerkennungstendenzen spürbare Rückwirkungen auf den multilateralen Bereich haben werden, da sie sich bislang nur auf Länder beziehen, die schon bisher die Aufnahme der DDR in internationale Organisationen vertreten haben. Zwar würde ein Einbruch in die internationalen Organisationen bilaterale Anerkennungstendenzen fördern; zur Zeit ist jedoch nach dem günstigen Ergebnis der Wiener Vertragsrechtskonferenz⁶ und dem Ausbleiben des DDR-Aufnahmeantrags [in] der WHO⁷ der multilaterale Bereich stabiler als der bilaterale.

B. Über welches Instrumentarium verfügt die Bundesregierung, um der Tendenz zur Anerkennung der DDR entgegenzuwirken?

1) Diplomatische Beziehungen

Die Bundesregierung kann gegenüber einem Land, dessen Regierung die DDR anerkennt, in verschiedenen Abstufungen reagieren:

- Rückberufung des Botschafters zur Berichterstattung (Fortsetzung der diplomatischen Beziehungen durch einen Geschäftsträger a. i.);
- Abberufung des Botschafters und Fortsetzung der Beziehungen auf der Ebene eines Ständigen Geschäftsträgers;
- Unterbrechung („Einfrieren“) der diplomatischen Beziehungen, d. h. Abziehung des Botschafters und des gesamten diplomatischen Personals, aber Vereinbarung über Verbleib des technischen Personals;
- Schließung der Botschaft am Ort und Wahrnehmung der diplomatischen Beziehungen durch Botschaft am dritten Ort;
- voller Abzug der Botschaft ohne formellen Abbruch;
- Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Vereinbarung über Schutzmachtvertretung mit deutschem Reststab;
- Abbruch auch der konsularischen Beziehungen.

2) Politische Instrumente

Eine Unterstützung oder eine Beeinträchtigung nationaler Anliegen dritter Staaten, so nützlich sie als Instrument auch sein könnte, ist der Bundesrepublik Deutschland nur sehr begrenzt möglich, ohne Kollisionen mit Interessen anderer Staaten herbeizuführen, zu denen sie ebenfalls in Beziehungen steht. Die DDR ohne weltweite Beziehungen kann hier freier vorgehen.

So konnte die DDR seinerzeit Kambodscha ohne weiteres die gewünschte Grenzklärung geben, was uns aus Rücksicht auf die Nachbarstaaten nur nach Abstimmung mit diesen möglich war.⁸ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch den Irak, Sudan, Syrien und den Süd-Jemen war eine Fol-

⁶ Zur UNO-Vertragsrechtskonferenz vom 9. bis 22. Mai 1969 vgl. Dok. 156.

⁷ Zu einem möglichen Aufnahmeantrag der DDR in die Weltgesundheitsorganisation vgl. Dok. 167.

⁸ Am 6. Oktober 1966 erklärte die DDR angesichts der „Eskalation der amerikanischen Aggression in Indochina, die auch das Königreich Kambodscha zu erfassen droht“, daß sie „die Neutralität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität“ Kambodschas anerkenne und respektiere. Sie bekräftigte diesen Standpunkt in einer Erklärung vom 6. Juli 1967. Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, XIV, S. 1001 f., bzw. XV, S. 899.

Die Bundesregierung erklärte am 29. September 1967, daß sie die Souveränität und Unabhängigkeit Kambodschas in den bestehenden Grenzen respektiere und die Unverletzlichkeit der Grenzen anerkenne. Sie bekräftigte diese Erklärung am 17. Juli 1968. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 232.

ge der uneingeschränkten Unterstützung des arabischen Kampfes gegen Israel durch Ost-Berlin.

Welche politischen Instrumente kann die Bundesregierung beispielsweise im arabischen Raum einsetzen?

Angesichts der arabischen Erwartungen einerseits und unserer Verpflichtungen gegenüber Israel sowie der israel-freundlichen Haltung unserer öffentlichen Meinung andererseits, ist der Spielraum unserer Politik sehr beschränkt.

Folgendes könnte indes erwogen werden:

- Projektbindung eines Teils der deutschen Finanzhilfe an Israel; Reduzierung der Finanzhilfe;
- Bekräftigung unserer grundsätzlichen Neutralität im Nahost-Konflikt in einer neuen Erklärung gegenüber den arabischen Staaten⁹;
- Verdeutlichung der deutschen Bereitschaft zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten durch Besuche führender Persönlichkeiten und gezielten Einsatz der Massenmedien. Diese Beziehungspflege haben wir – insbesondere im Vergleich mit der „Besuchsdiplomatie“ der DDR – in der Vergangenheit vernachlässigt;
- Hinweis an die arabischen Staaten, ihre Anerkennung der DDR könnte die deutsche Öffentlichkeit veranlassen, ihre Sympathien vollends Israel zuzuwenden;
- materielle Unterstützung der arabischen Interessen, wo eine humanitäre Zielsetzung möglichen israelischen Einwendungen den Boden entzieht. Die 50 Mio.-DM-Hilfe der Bundesregierung an die UNRWA¹⁰ ist ein Versuch dieser Art; die Multilateralität und der Wunsch bestimmter arabischer Kreise, das Flüchtlingsproblem offenzuhalten, schmälern jedoch die politische Wirkung für die Bundesregierung in den einzelnen Staaten. Eine bessere politische Wirkung könnte möglicherweise erzielt werden, wenn die Bundesregierung den Fedayin-Dachorganisationen humanitäre Hilfe zukommen lassen würde. Allerdings käme diese nur in jenen Ländern in Frage, in denen die Regierung mit einer derartigen Unterstützung der Fedayin einverstanden wäre.

3) Handelsbeziehungen

Die Position der Bundesrepublik Deutschland als zweitgrößte Handelsmacht legt es nahe, das Interesse dritter Staaten an guten Handelsbeziehungen für unsere Politik zu nutzen. Dies wäre insbesondere dort wichtig, wo der Bundesregierung keine diplomatischen Sanktionen als Reaktion zur Verfügung stehen, wie gegenüber den arabischen Staaten. Stellt ein Staat seine politischen Interessen über seine wirtschaftlichen Interessen, so bleibt allerdings auch dieses Instrument ihm gegenüber wirkungslos, es kann jedoch abschreckende Wirkung auf Dritte haben.

⁹ Zu einer möglichen Grundsatzerklärung der Bundesregierung vgl. Dok. 193, Anm. 4.

¹⁰ Am 20. September 1967 beschloß das Kabinett, 50 Mio. DM, verteilt auf fünf Jahre, als Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge bereitzustellen. Die Mittel sollten für das Ausbildungs- und Gesundheitswesen verwendet werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters z. B. V. Böker vom 7. März 1968; VS-Bd. 2797 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1968.

Um Handelssanktionen ergreifen zu können, bedarf es eines weiteren gesetzlichen Instruments, das die Bundesregierung in den Stand setzt, gegenüber Staaten, die die DDR anerkennen, Einfuhr- und Ausfuhrrestriktionen einzuführen. Es wird zur Zeit von seiten der Ressorts geprüft, ob zu diesem Zweck in § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes¹¹ eine weitere Generalklausel eingefügt werden soll. Falls eine derartige Bestimmung tatsächlich gegenüber einem Staat, dessen Export in die Bundesrepublik Deutschland lebenswichtig ist, angewandt wird, würde dadurch eine starke abschreckende Wirkung auf andere Staaten in ähnlicher Situation erzielt werden. Sollte eine solche Bestimmung jedoch nicht zur praktischen Anwendung gelangen, wäre es besser, auf sie zu verzichten. Ein gesetzlicher Akt ohne Folgen würde unsere Politik unglaublich machen.

Die Anwendung derartiger Einfuhr- und Ausfuhrrestriktionen findet ihre Grenze dort, wo sie das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik schädigt. Diese Grenze ist im einzelnen schwer im voraus zu bestimmen.

Zu erwägen wäre andererseits, ob nicht die Bundesregierung die Entwicklungsländer durch eine noch intensivere Förderung ihrer Handelsbeziehungen zum deutschen Markt stärker an uns binden könnte als bisher. Dies könnte besonders gegenüber den Staaten wirkungsvoll sein, die ein Passivsaldo in ihrer Zahlungsbilanz uns gegenüber aufweisen. Trotz der beschränkten Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte gelingt es den Staatshandelsländern, insbesondere der DDR, den Anschein zu erwecken, den Exportwünschen der Entwicklungsländer besser als die Bundesregierung Rechnung zu tragen. Jede Erleichterung, die die Bundesregierung hier noch bieten kann, würde auch einen erheblichen Nutzen für unsere Deutschlandpolitik haben.

4) Entwicklungspolitische Maßnahmen

Das bisher am häufigsten benutzte und wohl auch wirksamste Mittel zur Förderung unserer Politik ist die Entwicklungshilfe. Vom entwicklungspolitischen Standpunkt mag dies umstritten sein, die Bundesregierung sollte jedoch auf dieses Instrument nicht verzichten.

Die Praxis der Bundesregierung, allen Entwicklungsländern, mit denen sie in diplomatischen Beziehungen steht, Hilfe zu geben, erlaubt ihr, gegenüber jedem Staat entsprechend seiner Haltung zur DDR zu reagieren. Bei Einsatz dieses Instruments im Falle weiterer Anerkennungen der DDR kommt es im Ansatz zu einer Politik der Schwerpunktbildung.

Staaten, die mit uns in diplomatischen Beziehungen stehen, aber in denen eine Anerkennung droht, sollte großzügig Entwicklungshilfe gegeben werden. Die Zusagen sollten schnell erfolgen, die Auszahlung über längere Zeiträume verteilt werden, wie es die Langfristigkeit der Projektdurchführung ohnehin ermöglicht. Damit würde die Gefahr einer Erpressung herabgesetzt.

Staaten, die die diplomatischen Beziehungen mit uns abgebrochen haben, sollten ebenfalls großzügig Entwicklungshilfe erhalten, wenn sie ihren Willen zur

¹¹ Paragraph 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28 April 1961 sah die Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs – insbesondere der Aus- und Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät – vor, um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten sowie die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik zu verhindern. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

Wiederaufnahme der Beziehungen glaubhaft machen. Das bisherige Prinzip, die Höhe der Entwicklungshilfe erst nach erfolgter Aufnahme der Beziehungen zu präzisieren, sollte insoweit abgewandelt werden, als die Verhandlungen bei Aufnahme bereits abgeschlossen und die Verträge *pari passu* unterschrieben werden.

Die Zuteilung an diese beiden Staatengruppen darf keinesfalls zu Lasten jener Staaten gehen, die unsere Deutschland-Politik ohne Schwankungen unterstützen. In dem Maße, in dem gegenüber den beiden anderen Staatengruppen großzügiger verfahren wird, müßten die Interessen dieser Staaten in entsprechender Weise berücksichtigt werden. Dies würde auf eine allgemeine Erhöhung der Mittel für Entwicklungshilfe hinauslaufen. Sofern das unmöglich ist, wird die Entwicklungshilfe als Instrument unserer Politik stumpf.

Im Falle der Anerkennung der DDR könnte die Bundesregierung das Instrument der Entwicklungshilfe in verschiedenen Abstufungen einsetzen:

- Sie könnte sämtliche Entwicklungsprojekte abbrechen. Zu diesem Zweck müßten die Hilfsverträge unter der auflösenden Bedingung der Anerkennung der DDR abgeschlossen werden. Dies hat zwar die größte Abschreckungswirkung, setzt uns aber in eindeutiger Form dem Vorwurf aus, unsere Hilfe mit politischen Bedingungen zu verknüpfen, scheidet also aus.
- Sie könnte neue Zusagen verweigern, aber abgeschlossene Verträge durchführen. Dies entspricht der bisherigen Praxis.
- Sie könnte verschiedenartige Differenzierungen anstreben, z.B. Fortsetzung der Technischen Hilfe und Abbruch der Kapitalhilfe oder Fortsetzung aller Projekte, ob Kapital- oder technische Hilfe, die sozialen Charakter haben (Hospitäler, Schulen u. ä.), und Abbruch aller Projekte, die die Infrastruktur und den wirtschaftlichen Aufbau betreffen oder Prestigecharakter tragen.

Der letztere Weg stellt einen Kompromiß dar zwischen dem Element der Abschreckung und entwicklungspolitischen Erfordernissen.

Die Assoziierungsverträge mit der EWG enthalten eine Wohlverhaltensklausel, die wegen der Bedeutung der Assoziation ihrerseits auch eine abschreckende Wirkung hat. Algerien ist bisher nur mittelbar an die EWG angeschlossen, sucht aber eine vertragliche Bindung.¹² Auch die VAR hat vor einigen Monaten Interesse an einer Verbindungsaufnahme zur EWG gezeigt.¹³ Die Bundesregierung müßte auch in diesen Fällen auf einer Wohlverhaltensklausel bestehen. Derartige Klauseln im EWG-Rahmen sind natürlich nur im Einvernehmen mit den EWG-Partnern anzuwenden.

¹² Algerien beantragte am 18. Dezember 1963 eine Assoziation mit der EWG. Gespräche hierüber wurden jedoch nicht eingeleitet. Die Handelsbeziehungen zwischen Algerien und der EWG waren durch Einzelvereinbarungen geregelt.

¹³ Am 25. April 1969 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EG), daß die Vertretung der VAR bei der EG in Brüssel Interesse an einem Abkommen über Fragen des Handels und der Technischen Hilfe bekundet habe. Weiter sei angefragt worden, „ob die Kommission bereit sei, zur Konkretisierung des möglichen Inhalts eines solchen Vertrages Expertengespräche mit der Vertretung der VAR aufzunehmen. Es solle sich hierbei noch nicht um exploratorische Gespräche im üblichen Sinne handeln, sondern um Kontakte, die einem ev[en]t[uellen] späteren Antrage der VAR vorausgehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 953; Referat III A 2, Bd. 158.

5) Ausrüstungshilfe

Die Ausrüstungshilfe wurde bisher nach Umfang und Zahl der Empfangsländer nur begrenzt eingesetzt, hat sich aber in diesen Fällen als sehr wirksam erwiesen. Die Staaten, die sie erhalten, wissen die Hilfe auf dem Sektor der Aufrechterhaltung der außen- und innenpolitischen Sicherheit besonders zu schätzen. Dies gilt z. B. für Guinea und Somalia, Staaten, um die sich auch die DDR sehr bemüht.

Trotz der Unbeliebtheit der Ausrüstungshilfe in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament sollte dieses Mittel sogar noch verstärkt angewandt werden, wobei allerdings die internationalen Rückwirkungen jeweils besonders bedacht werden müssen. Die Wohlverhaltensklausel dürfte hier am einfachsten zu erreichen sein, sie müßte allerdings auch am schärfsten angewandt werden.

C. Die Bundesregierung hat am 30. Mai erklärt, sie müsse die Anerkennung der DDR weiterhin als unfreundlichen Akt betrachten, sie werde jedoch „ihre Haltung und ihre Maßnahmen gemäß den Interessen des ganzen deutschen Volkes von den gegebenen Umständen abhängig machen“. Sie hat damit erneut dargelegt, daß sie sich von einer automatischen Anwendung der „Hallstein-Doktrin“ in ihrer landläufigen Definition distanziert und die Möglichkeit behalten will, in jedem einzelnen Falle differenziert vorzugehen. Theoretisch könnte sie also in einem Falle die Beziehungen abbrechen, in einem anderen Falle sich auf wirtschaftliche Sanktionen beschränken und in einem dritten sich mit verbaler Verurteilung begnügen.

Soweit die diplomatischen Beziehungen in Betracht kommen, ist diese Entscheidungsfreiheit jedoch nur sehr begrenzt vorhanden.

Wenn wir in einem Falle auf den Abbruch der Beziehungen verzichtet haben, wird es uns sehr schwer fallen, den Abbruch im nächsten Falle zu vollziehen. Wir dürfen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, schwächere und von uns abhängigere Partner zu malträtieren, während wir dies bei größeren Mächten nicht wagen. Wir können nur unter Schwierigkeiten unseren Freunden verbieten, was wir Fernstehenden zubilligen. Wir können uns schließlich auch nicht von schwer nachprüfbaren Behauptungen des jeweiligen Partners abhängig machen. Wir würden hierdurch möglicherweise den Anerkennungsprozeß beschleunigen.

Auf dem wirtschaftspolitischen Sektor sind eher Differenzierungsmöglichkeiten gegeben, weil die Verhältnisse, etwa die Intensität unserer handelspolitischen Beziehungen oder die Natur unserer Entwicklungshilfe, verschieden und für den Außenstehenden oft nicht ohne weiteres durchschaubar sind. Da aber solche Maßnahmen nicht so sehr der „Bestrafung“ des Anerkennenden als vielmehr der Abschreckung anderer Anerkennungskandidaten dienen sollen, kommt es insoweit ebenfalls auf nach außen sichtbare Maßnahmen an. Grundsätzlich wird man daher auch hier das Prinzip der Gleichbehandlung anwenden müssen.

Die Flexibilität der Erklärung vom 30. Mai besteht also im wesentlichen darin, daß wir uns zur Zeit noch entscheiden können, dieser Erklärung für künftige Fälle eine „härtere“ oder „weichere“ Auslegung zu geben. Die Entwicklung im Falle Kambodschas hat uns insoweit die Entscheidungsfreiheit zurückgegeben. Jede weitere Entscheidung ist aber stark präjudizierend.

Mit der „härteren“ Auslegung – Abbruch der diplomatischen Beziehungen – würden wir den größten noch möglichen Abschreckungseffekt erzielen. Dem

stünde der Nachteil gegenüber, daß wir fortan in diesem Staate unsere Präsenz aufgeben und der DDR das Feld überlassen.

Es ist schwierig, die Größe dieses Nachteils zu bestimmen.

Die „härtere“ Haltung hilft uns, die Schwelle hinauszuschieben; wird sie dennoch erreicht, so ist das Versagen unserer bisherigen Politik entsprechend deutlich.

Die Staaten, mit denen wir abgebrochen haben, werden vielleicht keine Schwierigkeiten machen, wenn wir die Beziehungen wieder aufnehmen wollen, aber es wird uns schwer fallen und außerdem Mühe kosten, alles verlorene Terrain wiederzugewinnen.

Mit einer „weicheren“ Haltung wäre der Abschreckungseffekt geringer; er könnte in den Fällen, in denen unser Handel und unsere Entwicklungshilfe für das betreffende Land von wirklicher Bedeutung sind, und durch andere, insbesondere die DDR, nicht ausgeglichen werden können, wohl ausreichen. Die Nachteile, die dieses Vorgehen für unsere Präsenz hätte, wären wesentlich geringer als im Falle „harter“ Maßnahmen; volle Beziehungen wären leicht wieder herzustellen.

In Fällen, in denen weder mit uns noch mit der DDR diplomatische Beziehungen bestehen (z. B. VAR, Finnland), ist es möglich, daß die gleichzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu uns und zur DDR vorgeschlagen wird. Solange es bei der Grundsatzerklärung vom 30. Mai bleibt, können wir uns darauf nicht einlassen. Wir müßten vielmehr darauf hinwirken, daß es in diesen Fällen beim Status quo bleibt, d. h. zur Beziehungsaufnahme nicht kommt. Notfalls würden wir einseitiges Vorgehen gegenüber der DDR in Kauf zu nehmen haben. Würden wir aber zwei deutsche Botschafter in diesen Staaten akzeptieren, so haben wir selbst die Schwelle überschritten und müßten die Anerkennung der DDR durch andere Länder hinnehmen.

Wenn wir zu dem Schluß kommen, daß wir das Angebot nicht ablehnen können, so müßte dies zum Anlaß genommen werden, die Erklärung vom 30. Mai aufzugeben.

D. Tritt dieser Sonderfall nicht ein, so ist es nicht sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht ausgeschlossen, daß die Schwelle zur allgemeinen Anerkennung der DDR in der nächsten Zeit erreicht oder überschritten wird. Zum Teil hängt dies von unseren Angeboten gegenüber der DDR und von der „harten“ und „weichen“ Anwendung des Instrumentariums gegenüber dritten Ländern ab. Indessen ist es fast ausgeschlossen, langfristig – etwa über fünf bis zehn Jahre hinaus – das Erreichen der Schwelle zu verhindern.

Unter diesen Umständen drängt sich die Überlegung auf, ob der Einsatz des vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Instrumentariums zur Abwehr von Anerkennungen der DDR überhaupt sinnvoll ist, wenn dessen Wirkung doch nur darin bestehen könnte, das Überschreiten der Schwelle zu verzögern. Es fragt sich also, ob die Grundsatzerklärung der Bundesregierung vom 30. Mai, die Anerkennung der DDR müsse als unfreundlicher Akt betrachtet (und entsprechend beantwortet) werden, sinnvollerweise beibehalten werden kann.

Diese Frage ist zu bejahen, weil der damit zu erreichende Zeitgewinn uns noch Möglichkeiten offenhält, politische Fortschritte in Mitteleuropa zu machen.

Wir behalten immer noch eine Konzession in der Hand, die wir der DDR und der Sowjetunion für eine befriedigendere Regelung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands bieten können. Diese Konzession besteht in unserem Verzicht auf weitere Verzögerungen des Anerkennungsvorganges, von dem die DDR so wenig wie wir wissen kann, wieviel Zeit er andernfalls in Anspruch nehmen würde. Günstigenfalls könnte sich auf der östlichen Seite sogar bei anhaltender Frustrierung der Anerkennungswünsche der Gedanke durchsetzen, es nun doch lieber erst mit einer Annäherung der beiden Teile Deutschlands zu versuchen. Unser Streben, eine Gesamtregelung des Verhältnisses zur DDR zu erreichen, und Probleme, wie die Teilnahme der DDR an einer Europäischen Sicherheitskonferenz, soweit sie innerhalb absehbarer Zeit aktuell werden, sprechen mithin dafür, Entwicklungen, die auf eine allgemeine Anerkennung der DDR hinauslaufen, weiterhin aufzuhalten.

Da objektiv die Zeit bis zum Erreichen der Schwelle abnimmt, reduziert sich auch unsere Position, je später der verbliebene Gewinn der Nichtanerkennung operativ eingesetzt wird. Je härter wir die Erklärung vom 30. Mai handhaben, um so früher sollten wir innerdeutsch initiativ werden.

Wenn man den Standpunkt vertritt, daß die Bundesregierung ihr Konzept einer innerdeutschen Regelung nicht durchsetzen wird und eines Tages zu dem Ergebnis kommen muß, daß eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands und eine Bereinigung des Verhältnisses zum Osten nur durch unsere Anerkennung der DDR erreicht werden kann, würde es sinnvoll sein, die Anerkennung der DDR durch Dritte bis zu diesem Zeitpunkt zu verzögern. Die Bundesregierung könnte eine Entscheidung für die Neuordnung ihrer Deutschlandpolitik dann freiwillig treffen, anstatt durch Erreichen der Schwelle dazu gezwungen zu werden.

E. Wenn die Bundesregierung, aus welchen Gründen auch immer, sich entscheidet oder gezwungen wird, der Anerkennung der DDR durch Drittstaaten keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, sollte sie versuchen, von den dritten Staaten eine Erklärung zu erwirken, in der zum Ausdruck kommt, daß die deutsche Frage offen bleibt. Dies könnte z.B. dadurch geschehen, daß der anerkennende Staat erklärt, von der Einheit der deutschen Nation auszugehen und die Anerkennung nur mangels und bis zu einer friedensvertraglichen Regelung vorzunehmen.

Mit der Forderung nach einer solchen Erklärung könnte die Ablösung von der Position des 30. Mai vollzogen werden.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

I. 1) Trotz Anerkennung der DDR durch einige nichtkommunistische Staaten, einschließlich des Süd-Jemen, ist die Schwelle noch nicht überschritten, jenseits derer die bisherige Politik, auch in ihrer Ausprägung durch die 5-Punkte-Erklärung vom 30. Mai, ihren Sinn verliert.

2) Die Schwelle wird überschritten, wenn

- die Anerkennung von einer größeren Anzahl von Ländern mit geringerer Bedeutung oder
- die Anerkennung von einer Schlüsselkraft vollzogen wird oder wenn

– die Bundesregierung das Angebot einer Regierung, Botschafter mit beiden deutschen Regierungen auszutauschen, nicht ablehnen zu können glaubt.

3) Die Erklärung vom 30. Mai läßt theoretisch eine flexible Anwendung des Instrumentariums zu, praktisch ist die Entscheidungsfreiheit jedoch eingengt durch den Grundsatz der Gleichbehandlung, der die Bundesregierung nach einer einmal getroffenen Entscheidung für künftige Fälle präjudiziert.

4) Abbruch nützt sich ab, auch als Abschreckung, und kann sich politisch wie wirtschaftlich gegen unsere Interessen kehren bei sich reduzierendem Nutzen.

5) Auch die härteste Anwendung der Erklärung vom 30. Mai verhindert das Erreichen der Schwelle nicht.

Sie kann es verzögern. Die Verzögerung ist sinnvoll, wenn und so lange die internationale Anerkennung der DDR – etwa im Zusammenhang mit der ESK – eingesetzt werden soll für Fortschritte in der deutschen Frage im Sinne einer Gesamtregelung des Verhältnisses Bundesrepublik Deutschland–DDR.

6) Die Bundesregierung kann eines Tages zu dem Ergebnis kommen, daß nur eine Anerkennung der DDR zu einer Annäherung der beiden Teile Deutschlands führen kann. Auch im Hinblick auf diesen Fall ist die harte Anwendung sinnvoll, da sie die Voraussetzung für eine freiwillige Neuorientierung der Deutschland-Politik schafft.

7) Im Falle einer freiwilligen oder erzwungenen Hinnahme der DDR-Anerkennung durch Dritte kann die Ablösung von der bisherigen Politik durch die Forderung der Bundesregierung nach einer deutschlandpolitischen Erklärung erleichtert werden.

II. 1) Die Bundesrepublik Deutschland kann nicht hoffen, die Wiedervereinigung vor dem Erreichen der Schwelle herbeizuführen.

2) Es wird keine Gespräche mit dem Ergebnis einer umfassenden Vereinbarung zwischen den beiden Teilen Deutschlands geben ohne das Zugeständnis der internationalen Gleichberechtigung an die DDR. Andererseits ist zu befürchten, daß die DDR an einer uns befriedigenden Regelung des Nebeneinanders der Teile Deutschlands nicht mehr interessiert sein wird, wenn sie die internationale Anerkennung gegen unseren Willen erreicht hat oder sich kurz vor diesem Ziel sieht.

3) Eine Politik des Hinauszögerns der Anerkennung ist erst sinnvoll, wenn wir sie durch ein umfassendes Angebot an die DDR vervollständigen. Dies würde unsere Haltung allgemein und auch der Dritten Welt gegenüber verständlicher machen und die Abwehr der DDR-Bestrebungen bis zu ihrem Eingehen auf unser Verhandlungsangebot erleichtern.

VS-Bd. 11576 (Planungsstab)

218

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Direktor Helms, Central Intelligence Agency

Z A 5-61.A/69 geheim

3. Juli 1969¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 3. Juli 1969 um 12 Uhr Mr. Helms zu einem Gespräch, an dem Staatssekretär Prof. Carstens, MD Dr. Osterheld, General Wessel, Gesandter Fessenden und Mr. Cline von der amerikanischen Botschaft teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für die Gelegenheit zu diesem Gespräch und sagte, er komme gerade aus einer Sitzung des Verteidigungsrats, in der SALT eine größere Rolle gespielt habe. Man könne sich denken, daß man sehr intensiv über diesen komplizierten Plan gesprochen habe und daran interessiert sei, herauszufinden, welche mögliche Entwicklung sich ergebe und wie sich in einem vielleicht entwickelnden System die Position Europas und Deutschlands ausnehme. Eine Zeitlang habe er die Entwicklung der Waffensysteme nicht so genau verfolgt, doch als er den ersten amerikanischen Bericht gesehen habe, sei er zwar nicht schockiert und erstaunt gewesen, doch habe er ihn nachdenklich gemacht, und er würde sich freuen, wenn er nun etwas über die amerikanischen Überlegungen erfahren könne.

Mr. *Helms* wies darauf hin, daß den Bemühungen, zu einem Übereinkommen über die Begrenzung strategischer Waffen zu kommen, politische und finanzielle Überlegungen zugrunde lägen. Er erwähnte einige Motive, die das Interesse einzelner Senatoren an einem solchen Übereinkommen bestimmten. Bei einem Senator sei es der Wunsch, zu einer Entspannung mit der Sowjetunion zu kommen und gleichzeitig die Ausgaben für Rüstungszwecke zu senken. Ein anderer Senator befürchte, daß das Land verarmen könne, wieder ein anderer schlage vor, daß die für Rüstungsausgaben erforderlichen Mittel der Verbesserung der amerikanischen Städte und der Lösung innenpolitischer Probleme zugeführt werden sollten. Dies seien einige der Motive, von denen jene inspiriert seien, die auf den Präsidenten Einfluß zu nehmen suchten.

Was das derzeitige Kräfteverhältnis angehe, so verfügten gegenwärtig die Vereinigten Staaten über die erforderliche Stärke, um den Problemen gerecht werden zu können, denen sie sich derzeit gegenüberstehen. Es stelle sich aber die Frage, wie die Entwicklungskurven weiterverlaufen, wenn die Vereinigten Staaten nichts unternähmen, die Sowjetunion jedoch ihre Bemühungen fortsetze. Man gehe davon aus, daß dann zwischen 1975 und 1978 die Sowjetunion über eine beachtliche und einsatzfähige militärische Streitmacht verfügen würde. Wenn sie auch nicht über die Fähigkeit verfügen würde, einen entscheidenden ersten Schlag zu führen, so hätte sie doch eine substantielle Äquivalenz erreicht, falls die Vereinigten Staaten stillhielten. Dies dürfe nicht übersehen werden. In den Vereinigten Staaten werde jetzt sehr viel über das Für und Wi-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 3. Juli 1969 gefertigt.

der eines Waffensystems gesprochen, dabei aber oft übersehen, daß die Sowjetunion auch andere Systeme ausbaue, wie beispielsweise die Flotte der mit Raketen bestückten Unterseeboote. Diese Bemühungen ebenso wie die Verbesserung des sowjetischen Raketensystems dürften bei einer Gesamtbetrachtung der Entwicklung nicht außer acht gelassen werden.

Er vermute, daß sich die Sowjetunion derzeit an einem Kreuzweg befinde. Im Laufe dieses Sommers werde sie über die gleiche Zahl auf dem Boden stationierter ballistischer Raketen verfügen, wogegen die Amerikaner in der Zahl der Bomber und U-Boote weiterhin überlegen seien. Für die Sowjets stelle sich die Frage, ob sie ihr Rüstungsprogramm weiter ausbauen oder sich mit einem Zustand angemessener Äquivalenz begnügen und auf die Modernisierung einiger älterer Waffensysteme beschränken sollten. Er selbst wisse die Antwort darauf nicht. Dies sei eine Frage, die die sowjetischen Führer zu entscheiden hätten, doch seien die Probleme denen nicht unähnlich, denen sich die eigene Regierung gegenüber sehe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies würde in der Tat voraussetzen, daß man in Moskau ähnliche Überlegungen wie im Westen anstelle, d. h. daß es das sowjetische Interesse auch gebiete oder zumindest nahelege, mit dem im Grunde sinnlosen Wettlauf aufzuhören und die wirtschaftlichen Kräfte auf andere Gebiete zu verlagern. Dies würde ein Test für den politischen Willen der Sowjetunion sein. Es könne aber auch sein, daß die Sowjets in zunehmendem Maße wegen der Chinesen besorgt seien, und hier könnte ihnen die Möglichkeit einer konventionellen Kriegführung durchaus Sorge bereiten. Bei diesen Verhandlungen könnte man sicher einen interessanten Test machen, wobei auch hier die Frage der Kontrolle eine Rolle spielen müsse. Es werde interessant sein, wie die Sowjets reagierten. Sicher rechne man auf amerikanischer Seite mit längeren Verhandlungen.

Mr. *Helms* bejahte diese Frage. Wenn er sich recht erinnere, gehe die Anregung für SALT auf einen entsprechenden Vorschlag von McNamara vor zwei Jahren zurück.² 1 ½ Jahre lang seien dann Noten ausgetauscht worden und die Begegnung von Glassboro³ habe stattgefunden, ehe sich die Sowjets zu Gesprächen bereit erklärt hätten. Die Vorgänge in der Tschechoslowakei hätten die weitere Entwicklung verzögert. Die sowjetische Gesprächsbereitschaft bedeute nicht mehr, als daß sie sich einverstanden erklärt hätten, sich die amerikanischen Vorschläge anzuhören, ohne notwendigerweise eigene Vorschläge zu unterbrei-

² Am 11. April 1967 regte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffensysteme an. Zur Begründung wies er darauf hin, daß die vorhandenen Abschreckungsmittel der USA wie auch der UdSSR ausreichten, um nach einem Überraschungsangriff noch genügend Waffen zur Zerstörung des Gegners zur Verfügung zu haben: „For these reasons, we believe it may be possible to develop a series of actions to be taken by each side, which would reduce the military risks and reduce the financial costs without reducing the deterrent capability of either party and without changing the military balance between the Warsaw Pact and NATO.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XI, S. 476. Vgl. dazu auch DOBRYNIN, In Confidence, S. 151–154.

³ Am 23. und 25. Juni 1967 trafen Präsident Johnson und Ministerpräsident Kossygin in Glassboro, New Jersey, zusammen. Schwerpunkte der Gespräche waren neben der Situation im Nahen Osten vor allem Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1330 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 24. Juni 1967; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 477 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO) vom 25. Juni 1967; VS-Bd. 4251 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

ten. Sicher wisse man nur, was Breschnew auf der Moskauer Konferenz gesagt habe⁴ und was gelegentlich in der Prawda und Iswestija geschrieben worden sei. Diese Anhaltspunkte seien jedoch nicht sehr aufschlußreich. Was die eigenen Vorbereitungen betreffe, so sei es äußerst schwierig zu bestimmen, was negotiabel sei und was nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe den Eindruck, daß man in der Frage der Verbindung dieser Probleme mit politischen Problemen etwas vorsichtiger und zurückhaltender geworden sei.

Mr. *Helms* bestätigte diesen Eindruck. Der Präsident sei ursprünglich davon ausgegangen, daß man die beiden Problemkreise miteinander verknüpfen könne, um beispielsweise zu verhindern, daß die Sowjets einerseits über Rüstungsbegrenzung verhandelten, auf der anderen Seite aber im Nahen Osten Schwierigkeiten bereiteten oder keine Bereitschaft zu erkennen gäben, zu einer Beendigung des Krieges in Vietnam beizutragen. Wenn der Präsident von einem Junktim gesprochen habe, so sei dies eine durchaus vernünftige Überlegung gewesen, die wahrscheinlich jeder Staatsmann angestellt hätte. Inzwischen habe er sich zwar etwas davon distanziert, doch sei die Vorstellung als solche bei ihm noch präsent.

Der Herr *Bundeskanzler* legte dar, daß ihm – aus hiesiger Sicht betrachtet – in der sowjetischen Haltung zwei Punkte wichtig erschienen: Einmal handle es sich um China. Die Sowjets sähen sich gelegentlich veranlaßt, ernste und dramatische Schritte zu unternehmen. So sei beispielsweise der sowjetische Botschafter erschienen und habe eine längere Note verlesen⁵, wobei er (*Bundeskanzler*) im Originaltext das Wort Provokation verstanden habe, das aber ausnahmsweise nicht an die Adresse der Bundesregierung gerichtet gewesen sei, was er als sehr erholend empfunden habe. Das Problem China beschäftige aber die Sowjets außerordentlich stark. Er würde es begrüßen, dazu die Meinung von Mr. *Helms* zu hören. Der andere Punkt sei von Außenminister Rusk bei seinem Abschiedsbesuch sehr zugespitzt so formuliert worden, daß die Sowjetunion die Koexistenz nicht aushalte. Dies sei eine sehr ernste Frage und berühre den ganzen Bereich der Satelliten. In diesem Bereich vollziehe sich eine Evolution, mit der die Sowjets fertig werden müßten. In keinem dieser Länder werde der Trend zu größerer individueller Freiheit und nationaler Unabhängigkeit aufhören. Dies schaffe einen ständigen Druck und könne dazu führen, daß die Sowjets sehr drastische Mittel einsetzten, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei. Dies werde für die Sowjetunion ein ständiges Problem sein. Er könnte sich denken, daß im Hinblick darauf die Sowjets bereit sein könnten, vernünftiger mit sich reden zu lassen. Was die Ereignisse in der Tschechoslowakei angehe, so wolle er betonen, daß man deutscherseits nicht versucht

⁴ Am 7. Juni 1969 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien: „Die Sowjetunion ist nach wie vor bereit, eine allgemeine und vollständige Abrüstung, Maßnahmen zur Einschränkung und Eindämmung des Wettrüstens, vor allem des Kernwaffen- und Raketenwettrüstens, zu vereinbaren. Die Imperialisten zur Stopppung des Wettrüstens zu zwingen bedeutet, die Positionen der Anstifter eines neuen Krieges zu erschüttern, kolossale Mittel für konstruktive Zwecke freizusetzen und den Weltfrieden zu festigen.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 6.

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 11. März 1969 über den Grenzzwischenfall am Ussuri; Dok. 96.

habe, Öl ins Feuer zu gießen. Zwar seien einige deutsche Politiker in die Tschechoslowakei gereist⁶, doch seien sie von der Opposition gewesen. Den eigenen Leuten, die ähnliche Absichten gehabt hätten, habe er dies untersagt, und auch Herrn Brandt gebeten, dafür zu sorgen, daß von seinen Leuten – ein sudeten-deutscher Abgeordneter habe dies gewollt – niemand dorthin reise. Als in der Tschechoslowakei die Pressezensur aufgehoben worden sei⁷, sei ihm klar gewesen, was dieser Schritt bedeute. Damit sei das Land in den Vorhof der Demokratie eingetreten. Auch die Franzosen, selbst de Gaulle, hätten leicht anklägerische Andeutungen dieser Art gemacht, worauf er ihm gesagt habe, es sei nicht der Bundeskanzler, sondern der Präsident der französischen Republik gewesen, der in Zoppot die Polen an ihre Vergangenheit und die vor ihnen liegenden Möglichkeiten erinnert habe.⁸ Deutscherseits sei nichts in dieser Richtung geschehen, und man werde sich auch weiter an diese Linie halten, da man eine Evolution nicht stören wolle, die dann Gefahr laufen könne, in eine Revolution umzuschlagen. Diese Überlegungen legten die Frage nach den Motiven für die Reise Präsident Nixons nach Rumänien⁹ nahe.

Mr. Helms sagte, er habe mit Staatssekretär Carstens über China gesprochen. Bis vor kurzem habe er nicht realisiert, wie stark das chinesische Problem die Russen tatsächlich beschäftige. Im Lauf der letzten zwei, drei Jahre hätten die Sowjets langsam, aber konsequent ihre Streitkräfte längs der sowjetisch-chinesischen Grenze verdoppelt und auch feste Raketenabschußrampen für Raketen des Typs installiert, wie sie gegen Westeuropa gerichtet seien. Die einsatzbereiten Truppen seien heute so stark, daß sie unverzüglich in einem Krieg eingesetzt werden könnten. Nach amerikanischen Informationen hätten die Chinesen nichts getan, was einer Provokation gleichgekommen wäre, sie hätten ihre Streitkräfte nicht verstärkt und längs der Grenze unterhielten sie nur Verteidigungsstellungen. Es sei deshalb nicht ganz verständlich, warum die Russen so nervös seien. Der Zwischenfall am Ussuri sei nur deshalb veröffentlicht worden, weil die Zahl der Toten so hoch und eine Geheimhaltung nicht möglich gewesen sei. Zusammenstöße dieser Art seien aber schon hundertfach zuvor erfolgt und würden sicher auch weiterhin erfolgen. Die Rede Breschnews mit allen Anklagen, die sie gegen die Chinesen enthalten habe, sei bisher die schärfste gewesen.¹⁰ Der Herr Bundeskanzler habe von der diplomatischen Aktivität

⁶ Die CDU-Abgeordneten Marx und Müller-Herrmann besuchten vom 20. bis 24. Mai 1968, die SPD-Abgeordneten Kahn-Ackermann und Eppler Anfang Mai bzw. vom 18. bis 23. Mai 1968 die ČSSR. Der FDP-Vorsitzende Scheel und der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Genscher, hielten sich vom 12. bis 17. Juli 1968 in der ČSSR auf.

⁷ Am 4. März 1968 beschloß das Präsidium des ZK der KPČ umfangreiche Maßnahmen, durch welche die Zensur de facto aufgehoben wurde. Sie sahen u. a. eine Reform des Zentralen Publikationsausschusses, die Vorbereitung eines neuen Pressegesetzes sowie die Normalisierung von Einfuhr und Verkauf ausländischer Publikationen vor.

Am 25. Juni 1968 verabschiedete schließlich die tschechoslowakische Nationalversammlung ein Pressegesetz, mit dem die Zensur abgeschafft wurde.

⁸ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Staatspräsidenten am 28. September 1968 und zu den Äußerungen von de Gaulle am 9. September 1967 in Sobot (Zoppot) vgl. AAPD 1968, II, Dok. 318.

⁹ Der amerikanische Präsident hielt sich am 2./3. August 1969 in Rumänien auf.

¹⁰ Am 7. Juni 1969 führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau u. a. aus, daß die chinesische Außenpolitik „mit dem proletarischen Internationalismus praktisch gebrochen“ habe: „Angriffe auf die Sowjetunion auf der ganzen Linie, verlogene Propaganda, Verleumdung des Sowjetvolkes, un-

der Sowjets gesprochen, die sie nicht nur in Bonn entfaltet hätten. Dieses Crescendo sei nicht mehr mit Vernunftgründen zu erklären. Dies beunruhige ihn mehr, als wenn dem sowjetischen Verhalten nur rationale Überlegungen zugrunde lägen. Er frage sich, ob die Sowjets militärisch vorzugehen beabsichtigten. Wenn sie dies tatsächlich wünschten, so könne niemand viel dagegen tun.

Nach Berichten, die ihm vorlägen, glaubten die Sowjets, zwischen den Amerikanern und den Chinesen gehe unter dem Tisch etwas vor. Dies sei nicht wahr. Mit den Chinesen könne man nicht einmal über das Wetter reden. Der Argwohn, den die Sowjets aber hätten, beunruhige ihn sehr, weil sich dies durchaus auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auswirken könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, in Washington müsse man sich Gedanken machen, wie sich China innerhalb der nächsten zehn Jahre entwickeln werde, wenn man voraussetze, daß das Land nicht in die alten Provinzstreitigkeiten zurückfalle, sondern auch weiterhin von den Kommunisten beherrscht werde. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Buch von Prof. Wilhelm Fucks „Formeln zur Macht“¹¹, das interessante und alarmierende Thesen enthalte. Danach seien in China alle Voraussetzungen für eine enorme Wirtschaftsentwicklung gegeben, sowohl was die klimatischen Voraussetzungen, die Bodenschätze und Zahl und Intelligenz der Bevölkerung angehe. Fucks habe berechnet, bis wann China die anderen Industrienationen überrundet haben werde. Er komme zu sensationellen Feststellungen über die Entwicklung in den nächsten zehn, zwanzig und dreißig Jahren, die den meisten unglaublich erschienen. Auf solche wirtschaftliche Macht gestützt, müsse China dann auch zu einer enormen militärischen Macht werden. Bei aller Beschäftigung mit den Problemen des Tages sollte man auch hierüber nachdenken.

Mr. *Helms* sagte, er wünsche, man würde sich auch in Amerika bemühen, so weit in die Zukunft vorauszublicken, doch bezweifle er dies. Die These von Fucks halte er durchaus für vertretbar. So habe er beispielsweise gehört, daß die von den Chinesen entwickelte Atombombe in ihrer Konstruktion der französischen überlegen sei. Wenn die Chinesen erst einmal die erforderlichen Fabriken hätten, würden sie gute Düsenflugzeuge produzieren, denen zwar sowjetische Pläne zugrunde lägen, die aber von den Chinesen weiterentwickelt worden seien. Wäre nicht die Kulturrevolution dazwischengekommen, so hätten die Chinesen wahrscheinlich schon heute ein eigenes Raketensystem. Es werde auch damit gerechnet, daß in Bälde ein neuer Kernversuch stattfinden werde. Den Chinesen sei es gelungen, sich auf allen möglichen Umwegen in allen Teilen der Welt die erforderlichen Geräte und Apparate zu beschaffen. Wenn Mao einmal nicht mehr da sei und damit der politische Unsinn zu Ende kommen und das Land von einem kompetenten Mann geführt werde, müsse mit einer raschen industriellen Entwicklung gerechnet werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 764

seres sozialistischen Staates, unserer kommunistischen Partei, Entfaltung von Haß auf die UdSSR im chinesischen Volke und nun auch Waffeneinsatz; Einschüchterungs- und Erpressungsversuche gegenüber den anderen sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern; Kokettieren mit den kapitalistischen Großmächten, darunter die BRD – so sieht die außenpolitische Linie des heutigen China aus.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 5.

¹¹ Vgl. Wilhelm Fucks, *Formeln zur Macht. Prognosen über Völker, Wirtschaft, Potentiale*. 2. Auflage, Stuttgart 1965.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er spreche dieses Thema an, wo immer er hin komme, so auch vor kurzem in Japan.¹² Er habe aber nur feststellen können, daß man von der Hand in den Mund lebe und sich mit der Formel von der Trennung von Politik und Handel begnüge. Man lasse sich heute keine grauen Haare wachsen. Er glaube aber, daß man sich in Europa und in Amerika über diese Fragen Gedanken machen sollte, da sie einen starken Einfluß auf die Analyse und auch die Lösung aktueller Probleme haben könnten.

Mr. *Helms* verwies auf die natürliche Affinität zwischen Japanern und Chinesen, die sie ihre Gemeinsamkeit nie vergessen lasse. Es sei richtig, daß die Mehrheit der Japaner die Gefahr nicht sähen, es gebe aber auch einige wenige, die klarer sähen.

Wie der Herr *Bundeskanzler* weiter erklärte, fühlten sich die Japaner einerseits den Chinesen überlegen, andererseits sähen sie sich doch als Verwandte. Sie kämen sich vor wie der besser ausgebildete Bruder, andererseits sei man aber den Chinesen kulturell verpflichtet. Auch sehe man nicht ohne gewissen Stolz, was die Chinesen, die doch der gleichen Rasse angehörten, erreichten. Es sei nicht leicht, bei den Japanern hinter die Fassade zu schauen.

Mr. *Helms* erinnerte an ein Gespräch, das er vor zwei Jahren mit dem Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew von Singapur über die Frage einer Anerkennung Chinas durch die Vereinigten Staaten geführt habe. Wie der Premierminister gesagt habe, machten die Chinesen die Sowjets für gewisse Gebietsverluste¹³ verantwortlich, was sie nie vergessen würden. Außerdem seien die Russen weiß. Eine gewisse asiatische Solidarität und Identität sei nicht von der Hand zu weisen.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß in der deutschen Politik in vergangenen Jahrzehnten die Entwicklung dramatisiert oder durch die Brille eines politischen Romantizismus betrachtet worden sei. Heute aber sei die Welt kleiner geworden, und man dürfe diese Dinge nicht übersehen.

Zur geplanten Reise des Präsidenten nach Rumänien führte Mr. *Helms* aus, daß dies die eigene Idee des Präsidenten sei und er nicht wisse, welche sonstigen Ingredienzien in ihr enthalten seien. Der Präsident selbst sei auf sie gekommen und habe beschlossen, diese Reise zu unternehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Mr. *Helms* seien sicher auch die Nachrichten bekannt, wonach sich die Sorge der Rumänen, daß sich dort etwas ähnliches wie in der Tschechoslowakei wiederholen könne, in jüngster Zeit vermehrt habe. Vor kurzem habe ein rumänischer Botschafter auf die Frage, ob die Beziehungen mit Moskau jetzt besser seien, lakonisch geantwortet, sie seien nie so schlecht gewesen. Er selbst habe immer daran gezweifelt, daß die Sowjets in Rumänien ähnlich vorgingen wie in der Tschechoslowakei, weil dort zwei wichtige Dinge geschehen seien. Einmal seien die Tschechen vom kommunistischen Wege abgewichen und hätten den Weg zur Demokratie eingeschlagen. Wäre diese Entwicklung weitergegangen, so wäre dieses Feuer auch auf die anderen Satel-

¹² Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 17. bis 21. Mai 1969 in Japan auf. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Sato vgl. Dok. 162 und Dok. 165.

¹³ Zu den zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China umstrittenen Gebieten vgl. Dok. 305, Anm. 6.

liten übergesprungen. Die anderen Überlegungen habe der strategischen Bedeutung der Tschechoslowakei gegolten, habe man doch befürchtet, der Westen könne bis an die sowjetische Grenze heranrücken. Aus diesen Gründen sei er wegen Rumänien nicht in Sorge gewesen. Tito habe befürchtet, daß er drankommen werde, wobei man allerdings nicht wisse, ob dies nicht gespielt gewesen sei, um sich der nötigen Hilfe von außen zu versichern, doch habe seine Sorge sehr echt geklungen. Deshalb wäre es sehr interessant, die Motive des Präsidenten zu kennen. Trotz seiner Sorge verfolge Rumänien einen sehr forschenden außenpolitischen Kurs, wenngleich man im Inneren vielleicht stalinistischer als in Moskau sei. Jedenfalls verfolge man hier mit Interesse und Neugier, was vor sich gehe.

Mr. *Helms* sagte, er teile die Neugier des Herrn Bundeskanzlers. Mit der Analyse über die Ereignisse in der Tschechoslowakei stimme er überein. Im August letzten Jahres sei er in ständigem Kontakt mit Rusk gewesen. Was Rumänien angehe, so habe dort die kommunistische Partei das Land fest im Griff. Es gebe keine Dissidenten. Schließlich habe die Sowjetunion zahlreiche KGB-Agenten in Rumänien, so daß sie, wenn die Dinge einmal kritisch werden sollten, nur mit der Kette zu rasseln brauche. Die Rumänen wüßten, daß sie über einen gewissen Punkt nicht hinausgehen dürften.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Ereignisse in der Tschechoslowakei seien für uns alle überraschend gekommen. Die Bundesregierung habe eine Politik begonnen, die den Himmel etwas aufhellen sollte, doch habe man keineswegs versucht, gegenüber Moskau eine provozierende Politik zu betreiben. Man habe lediglich bessere Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern herstellen wollen, woran auch diese interessiert gewesen seien. Wäre man deutscherseits weniger pedantisch gewesen, so wäre es auch zu Beziehungen mit Ungarn gekommen. Jedes Jahr gingen zahlreiche Urlauber in diese Länder, und jeder Reisende sei ein Botschafter der Freiheit. Die Menschen in den betreffenden Ländern hätten Kontakte mit diesen Urlaubern und sähen, wie das westliche Leben sei. Es könne nicht ausbleiben, daß sich bei ihnen ähnliche Wünsche regten, was besonders für die junge Generation gelte. Für die Kommunisten müsse es niederschmetternd sein, daß sich ausgerechnet die Jungen gegen das kommunistische Establishment wehrten.

Mr. *Helms* sagte, Herr Schröbbers habe ihn über die Unruhe unter der jungen Generation unterrichtet, und es sei erstaunlich, wie ähnlich die Probleme in allen Ländern seien.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Unruhe im Vereinigten Königreich nicht so stark sei und daß dies auch für fast alle kleineren Länder in Europa gelte. Die Unruhe unter den Jugendlichen scheine in einem gewissen Zusammenhang zu stehen mit der Größe des Landes und seiner Gesellschaft. Bevor Erscheinungen dieser Art auch in den Vereinigten Staaten zu beobachten gewesen seien, habe er geglaubt, hierfür seien nur Länder mit einer permanenten revolutionären Situation und mit einem Legitimitätsbruch anfällig. Dies müsse sicher mitberücksichtigt werden, um die rätselhaften Vorgänge zu verstehen. Seltsamerweise habe man hier nichts mit Hippies zu tun. Einige Beobachter meinten, dies sei etwas besonders Schlimmes, Kennan aber, dessen Ausführungen er mit großer Aufmerksamkeit gelesen habe, sei der Auffassung, wegen

ihrer Herzenskälte seien die Hippies die Schlimmsten. Sie zerissen die goldene Kette, die die Generationen miteinander verbinde.¹⁴ Als Präsident Nixon vorgeschlagen habe, daß in der NATO auch andere Fragen erörtert werden sollten¹⁵, habe er an solche Probleme gedacht. Gewiß könnten auch Probleme wie die der Städteerneuerung in der NATO besprochen werden, doch dürfe man nicht vergessen, daß die Verteidigungskraft eines Volkes bedingt sei durch die moralische Integrität und den inneren Zusammenhalt. Wo Probleme dieser Art auftauchten, die leicht Sprengstoff bildeten, könnten sie von gemeinsamen Studiengruppen erörtert werden. Er denke beispielsweise an die Zersetzung der Armee. Das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen sei anerkannt, doch werde es jetzt umfunktioniert.

Mr. *Helms* wies darauf hin, daß die ältere Generation in den Vereinigten Staaten einfach nicht verstehen könne, daß ihre Kinder nichts mehr von den Eltern wissen wollten. Sie schoben die Schuld dafür den Russen zu.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er höre immer wieder, daß es zwischen Kindern und Eltern bittere Feindschaft gebe und oft eine Entfremdung eingetreten sei, die unvorstellbar sei. Diese Dinge seien so schwer zu verstehen, weil sie der Ratio nicht mehr zugänglich seien. In der Geschichte der Menschheit spiele das Irrationale eine größere Rolle als man zuzugeben bereit sei.

Mr. *Helms* verwies auf die Haltung der jungen Amerikaner, die nicht in Vietnam kämpfen wollten. Sie litten unter einem Schuldkomplex, der sich dann in Gewalttaten entlade.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei nur eine Art, die Menschheit zu beglücken. Die Geschichte lehre, daß die Menschheitsbeglückter meist die Menschheit vergewaltigt haben. Das gelte ebenso für die Jakobiner wie es für die Wiedertäufer und für die Inquisition gelte. Dies sei die Methode der Faschisten, die andern aufzwingen wollten, was sie selbst für richtig und gut hielten. Es handle sich nicht um Kommunisten, und dies sei auch der Grund, warum die Kommunisten ihre Hände davon weghielten.

Staatssekretär Professor *Carstens* erwähnte, daß die Chinesen in Ost-Berlin ein wenig hinter diesen Erscheinungen steckten und sie mit Geld unterstützten.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete die Vorgänge als unheimlich. Die Lektüre von Kennan habe ihn veranlaßt, in den „Bekenntnissen“ des Augustinus nachzu-

¹⁴ In einer Rede am 11. Dezember 1967 am Swarthmore College, Pennsylvania, unterschied George F. Kennan zur Erklärung der Studentenproteste zwei Gruppen: eine gewaltbereite, „zornige Militanz voller Haß und Intoleranz“ und die „Friedfertigen, die Hippies und Blumenkinder“. Zu letzteren führte er aus: „Es liegen in dem Streben nach absoluter Freiheit, und namentlich in den selbstzerstörerischen Zügen, die es häufig trägt, eine solche Selbstsucht und Herzlosigkeit, eine solche Ruchlosigkeit und Unverantwortlichkeit, eine solche Gleichgültigkeit den Gefühlen anderer gegenüber, daß es sich selbst damit das Verdammungsurteil spricht. [...] In dem Bestreben, sich so brutal nicht nur von den Erkenntnissen, sondern auch von den Gefühlen ihrer Eltern loszusagen, kappen sie gewissermaßen die Taue, an denen sie selbst und sogar die noch ungeborenen Generationen hängen.“ Solche Menschen „zerbrechen die goldene Kette der Liebe, die Generation an Generation bindet und dem Leben Kontinuität und Sinn verleiht“. Vgl. George F. KENNAN, Rebellen ohne Programm. Demokratie und studentische Linke, Stuttgart 1968, S. 14 f.

¹⁵ Zu den Vorschlägen des Präsidenten Nixon vom 10. April 1969, den Aufgabenkreis der NATO zu erweitern und die Konsultationen in der Allianz zu intensivieren, vgl. Dok. 121, Anm. 11. Vgl. dazu ferner Dok. 177.

lesen, was er damals über die studierende Generation geschrieben habe. Er habe haargenau geschildert, was sich auch heute wieder ereigne.¹⁶ Eine grausame und brutale Flegelhaftigkeit gehöre zur studentischen Tradition in Europa, und sie habe auch in der Literatur ihren Niederschlag gefunden. Wenn sich diese Erscheinung mit politischen Zielsetzungen verbinde, werde es gefährlich.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er sehe mit Freude seinem Besuch und seinen Gesprächen in Washington¹⁷ entgegen und hoffe, daß bis dahin das Offset-Problem einigermaßen geklärt sein werde¹⁸.

Gesandter *Fessenden* sagte, er sei optimistisch.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, auch er sei optimistisch und wolle nicht den Fehler Ludwig Erhards wiederholen. Sollten die Dinge noch nicht reif für eine Regelung sein, dann sollte man nicht zögern, sie durch die Sachverständigen weiter behandeln zu lassen. Man könne so etwas nicht einfach mit einer freundlichen Unterhaltung regeln.

Abschließend wünschte der Herr Bundeskanzler guten Erfolg für die Mondlandung.¹⁹

Das Gespräch endete kurz nach 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 32

¹⁶ Vgl. AUGUSTINUS, *Confessiones*, V 8,14.

¹⁷ Bundeskanzler Kiesinger hielt sich am 7. bis 9. August 1969 anlässlich der deutsch-amerikanischen Regierungsgespräche in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 257–260.

¹⁸ Das deutsch-amerikanische Devisenausgleichsabkommen für die Jahre 1969 bis 1971 wurde am 9. Juli 1969 unterzeichnet. Vgl. dazu Dok. 224.

¹⁹ Zur amerikanischen Raumfahrtmission „Apollo 11“ vgl. Dok. 241, Anm. 3.

219

Erklärungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Gewaltverzicht (Entwurf)

VS-vertraulich

3. Juli 1969¹

Deutsches Alternat

Sowjetisches Alternat

„Die Bundesrepublik Deutschland,

„Die Sowjetunion,

- | | |
|---|---|
| <p>(1) Überzeugt, daß eine Entspannung des Verhältnisses zwischen West und Ost den Wünschen der Völker entspricht und der Festigung der europäischen Sicherheit dient, und bereit, sich an Schritten zu beteiligen, die auf dieses Ziel gerichtet sind,</p> <p>(2) im Hinblick darauf, daß die Sowjetunion, ebenso wie ihre Verbündeten, in dem Budapester Appell vom 17. März 1969 bestätigt hat, daß sie im Interesse der europäischen Sicherheit eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstrebt,</p> <p>(3) in Übereinstimmung damit, daß das Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere gegen die politische Unabhängigkeit oder territoriale Integrität der Staaten, unteilbar ist und keine Ausnahme erlaubt, und überzeugt, daß eine Bekräftigung dieses Grundsatzes zwischen europäischen Staa-</p> | <p>Überzeugt, daß eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Ost und West den Wünschen der Völker entspricht und der Festigung der europäischen Sicherheit dient, und bereit, sich an Schritten zu beteiligen, die auf dieses Ziel gerichtet sind,</p> <p>im Hinblick auf die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, mit allen Mitgliedern des Warschauer Vertrages, unter Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Lage, ähnliche Erklärungen wie mit der Sowjetunion auszutauschen,</p> <p>in Übereinstimmung damit, daß das Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere gegen die politische Unabhängigkeit oder territoriale Integrität der Staaten, unteilbar ist und keine Ausnahme erlaubt, und überzeugt, daß eine Bekräftigung dieses Grundsatzes zwischen europäischen Staa-</p> |
|---|---|

¹ Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm vom 28. Juli 1969. Vgl. VS-Bd. 10065 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

Der Entwurf für Erklärungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Gewaltverzicht wurde am 3. Juli 1969 von Staatssekretär Duckwitz an den sowjetischen Botschafter Zarapkin übergeben. Duckwitz erläuterte dazu, die Bundesregierung habe mit diesem Vorschlag versucht, beiderseitige Verpflichtungen über einen Gewaltverzicht soweit wie möglich einander anzugleichen, weil sie nach wie vor der Meinung sei, „daß der Gedanke gleicher Bedingungen auch für die Ausarbeitung von Vereinbarungen oder Erklärungen anzuwenden wäre“. Ferner habe sie sich bemüht, die Gedanken der sowjetischen Entwürfe vom 21. November 1967 zu berücksichtigen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2779 des Ministerialdirektors Ruete vom 7. Juli 1969; VS-Bd. 10068 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

- | | |
|---|--|
| <p>ten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich günstig auf die Situation in Europa auswirken wird,</p> <p>(4) entschlossen, im Interesse des Friedens ihre freiheitliche demokratische Rechtsordnung zu wahren und gemäß Artikel 26 ihres Grundgesetzes Handlungen entgegenzutreten, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören²,</p> <p>(5) in dem Wunsch, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu erleichtern und die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu fördern,</p> | <p>ten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich günstig auf die Situation in Europa auswirken wird, in Anbetracht dessen, daß die Bekräftigung der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, in ihren Beziehungen zu anderen Staaten keine Gewalt anzuwenden, den in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Zielen und Prinzipien entspricht,</p> <p>in dem Wunsch, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu erleichtern und die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu fördern,</p> |
|---|--|

erklärt folgendes:

- 1) Ausgehend von der Absicht, zur Schaffung einer festen Grundlage für die Sicherung des Friedens und der Sicherheit in Europa beizutragen, bekräftigt die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung³, ihre Politik im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu führen und sich deshalb insbesondere gemäß Artikel 2 der Charta in den internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Dementsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und sich in ihren Beziehungen mit der Sowjetunion an die in Artikel 2 der Charta der Vereinten Na-

erklärt folgendes:

- Ausgehend von der Absicht, zur Schaffung einer festen Grundlage für die Sicherung des Friedens und der Sicherheit in Europa beizutragen, bekräftigt die Sowjetunion die Verpflichtung, ihre Politik im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu führen und sich deshalb insbesondere gemäß Artikel 2 der Charta in den internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Dementsprechend wird sich die Sowjetunion in Ausübung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten als eine der Vier für Berlin und Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte und in ihren Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland an die in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze halten.

² Vgl. dazu Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz vom 23. Mai 1949; Dok. 146, Anm. 28.

³ Vgl. dazu die in der Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 enthaltene Erklärung der Bundesrepublik; Dok. 146, Anm. 29.

tionen niedergelegten Grundsätze zu halten.

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand, wie sie schon in ihrem Memorandum vom 9. April 1968⁴ erklärt hat. Sie wird weiterhin die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte hinsichtlich Berlins achten.

- | | |
|--|--|
| <p>2) Die Bundesrepublik Deutschland nimmt die Erklärung der Sowjetunion vom ... entgegen, worin diese gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bestimmte Verpflichtungen im Hinblick auf die Sicherheit in Europa übernimmt, und betrachtet diese Erklärung als einen positiven Beitrag zur Festigung des Friedens.</p> | <p>Die Sowjetunion nimmt die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vom ... entgegen, worin diese gegenüber der Sowjetunion bestimmte Verpflichtungen im Hinblick auf die Sicherheit in Europa übernimmt, und betrachtet diese Erklärung als einen positiven Beitrag zur Festigung des Friedens.</p> |
| <p>3) Die Bundesrepublik Deutschland bestätigt ihre Bereitschaft, ähnliche Erklärungen, unter Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Lage, mit allen Mitgliedern des Warschauer Vertrages auszutauschen, die dies wünschen werden.“</p> | <p>Die Sowjetunion nimmt die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland über ihre Bereitschaft zur Kenntnis, ähnliche Erklärungen, unter Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Lage, mit allen Mitgliedern des Warschauer Vertrages auszutauschen, die dies wünschen werden.“</p> |

VS-Bd. 10065 (Ministerbüro)

⁴ Für den Wortlaut des Aide-mémoires der Bundesregierung vgl. DzD V/2, S. 570–575.

Für die Übergabe an den sowjetischen Botschafter Zarapkin durch Staatssekretär Duckwitz vgl. AAPD 1968, I, Dok. 121.

Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Schumann in Paris

4. Juli 1969¹

Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen vom 4. Juli 1969 wurde der Herr Bundesminister des Auswärtigen² morgens um 10 Uhr von seinem französischen Kollegen, Minister Maurice Schumann, zu einem Gespräch unter vier Augen empfangen. Das Gespräch wurde in englischer Sprache geführt. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem Minister Schumann darum bat, daß der Dolmetscher keine Notizen mitschreiben solle, was dieser mit Einverständnis des Herrn Bundesministers tat, war folgendes notiert³:

Minister *Schumann* erklärte, er wolle jetzt nicht auf bilaterale Fragen, sondern gleich auf das große Problem eingehen, das sich für beide Länder ergäbe. Beide Länder befänden sich in einer schwierigen Lage, wobei er auch die Schwierigkeiten der Lage, in der Deutschland stehe, nicht verkennen wolle. Er wolle allerdings in aller Klarheit zum Ausdruck bringen, daß nichts Gutes aus der Tatsache erwachsen könne, daß man versuche, Druck auf Frankreich auszuüben. Er wolle sich dabei gar nicht auf die Regierung in Bonn, sondern auf kleinere Regierungen und weniger bedeutsame Länder („minor governments and less important countries“) beziehen. Niemand könne ein Interesse daran haben, die französische Politik zu mißinterpretieren. Die französische Regierung und alle Minister, die ihr angehören, wollten nicht einmal den Eindruck entstehen lassen, man sei bereit, fundamentale Grundsätze der Politik General de Gaulles aufzugeben. Der Herr Minister wolle diese Bemerkung als die persönlichste auffassen, die der Außenminister der französischen Regierung vorbringen könne.

VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 9. Juli 1969 gefertigt.

² Bundesminister Brandt hielt sich am 3./4. Juli 1969 in Frankreich auf.

³ Bundesminister Brandt faßte gegenüber Ministerpräsident Chaban-Delmas sein Gespräch mit dem französischen Außenminister Schumann zusammen. Vgl. Dok. 222.

221

Gespräch des Bundesministers Brandt mit Staatspräsident Pompidou in Paris

Z A 5-65.A/69 VS-vertraulich

4. Juli 1969¹

Der Präsident der Französischen Republik, Herr Pompidou, empfing am Freitag, den 4. Juli 1969 den Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu einem Gespräch, das im Amtssitz des Präsidenten ab 15.00 Uhr in Anwesenheit der beiden Herren Botschafter Seydoux und von Braun geführt wurde.

Der *Staatspräsident* begrüßte einleitend seinen Gast und führte aus, er freue sich sehr, Herrn Brandt begrüßen zu können. Er sehe ihn zwar nicht das erste Mal, und die Umstände, unter denen er ihn heute sehe, seien nicht die gleichen wie beim letzten Mal². Das Vergnügen, ihn zu sehen, sei jedoch das gleiche geblieben.

Der Herr *Bundesminister* bedankte sich für den herzlichen Empfang und überbrachte seinerseits herzliche Grüße des Bundespräsidenten. Desgleichen wolle er die Grüße des Bundeskanzlers übermitteln, der sich, wie er selbst, sehr darüber freue, daß die nächsten Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs am 8. und 9. September in Bonn³ anberaumt seien.

Der Herr Bundesminister selbst habe eine recht gute Unterhaltung am Vormittag mit seinem französischen Kollegen geführt.⁴ Er hielt es für gut, daß so rasch und noch vor der Sommerpause Kontakte mit der neuen französischen Regierung⁵ aufgenommen wurden.

Präsident *Pompidou* bedankte sich für die Glückwünsche und Grüße, die ihm Präsident Heinemann habe übermitteln lassen. Er habe mit sehr viel Interesse die Darlegungen des Herrn Bundespräsidenten anlässlich dessen Amtsübernahme⁶ gelesen. Er bitte, dem Herrn Bundespräsidenten seine besten Grüße zu übermitteln. Desgleichen sende er herzliche Grüße an den Herrn Bundeskanzler, den er schon so oft getroffen habe. Er freue sich, nunmehr im Rahmen der durch den Zusammenarbeitsvertrag⁷ vorgesehenen normalen Konsultationen den Herrn Bundeskanzler ein weiteres Mal zu besuchen. Auch er freue sich, daß erste Kontakte noch vor der Sommerpause hätten aufgenommen werden können, obwohl der Begriff Sommerpause für die eine wie die andere Seite in diesem Jahr wohl etwas illusorisch sei.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 9. Juli 1969 gefertigt.

² Bundesminister Brandt und Ministerpräsident Pompidou trafen sich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 15./16. Februar 1968 in Paris. Vgl. dazu AAPD 1968, I, Dok. 59 und Dok. 62.

³ Vgl. dazu Dok. 279, Dok. 280 und Dok. 282.

⁴ Für das Gespräch mit dem französischen Außenminister Schumann vgl. Dok. 220.

⁵ Am 24. Juni 1969 trat die neue Regierung unter Ministerpräsident Chaban-Delmas ihr Amt an.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Heinemann vom 1. Juli 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 748–751.

⁷ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Herr Bundesminister *Brandt* entgegnete, er schließe sich dieser Meinung an. Er habe dies auch heute morgen gegenüber Minister Schumann schon zum Ausdruck gebracht. Die beiden Minister hätten neben normalen Themen, über die sich Außenminister unterhalten müßten, auch über Europa gesprochen. Er halte dies schon deshalb für gut, weil für den 22. Juli eine Tagung des Ministerrates in Brüssel⁸ anberaumt sei. Gespräche, wie er sie heute vormittag geführt habe, seien geeignet, solche Tagungen reibungsloser zu gestalten. Er glaube ganz allgemein, daß man bis zum Herbst noch möglichst viel an europäischen Fragen bereinigen solle, weil man Ende des Jahres mit Sicherheit an sehr schwierige Punkte herangehen müsse. Er habe mit Interesse verfolgt, was Minister Schumann ihm über die französischen Auffassungen bezüglich der Vollendung, des Ausbaus und der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft gesagt habe. Er halte diese Darlegungen für einen guten Rahmen zum weiteren Verhandeln und Handeln.

Staatspräsident *Pompidou* führte aus, er sei sich darüber im klaren, daß bei solchen Gesprächen neben rein deutsch-französischen Problemen auch aus dem Vertrag über die gegenseitige Zusammenarbeit nunmehr Fragen anklingen müßten, die sich aus der Endphase der Übergangszeit der Gemeinschaft⁹ ergäben. Hier sei die französische Haltung klar: Man habe den heißen Wunsch, die Gemeinschaft trotz aller Schwierigkeiten, die jeder erleben könne, zu vollenden. Er glaube, daß es für die Sechser-Gemeinschaft auf ein Scheitern hinausliefe, wenn man die festgelegten Termine nicht einhielte. Dies zu gewährleisten sei nunmehr das Hauptwerk, das man vollbringen müsse. Sodann könne man an den weiteren Ausbau der Gemeinschaft denken. Dies sei wohl auch das Thema, das am 22. Juli in Brüssel anklingen werde.

Der Herr *Bundesminister* erklärte dazu, auch deutscherseits sei man der Meinung, die Übergangszeit müsse nun abgeschlossen werden. Man verkenne dabei nicht, daß schwierige Probleme zu lösen seien. Er wolle in diesem Zusammenhang insbesondere auf Landwirtschaftsfragen hinweisen. Er wolle jedoch von deutscher Seite die volle Kooperationsbereitschaft bei der Lösung dieser Probleme versichern. Trotz aller anstehenden Schwierigkeiten sei man bereit, zu ausgewogenen Lösungen beizutragen. Er wolle dabei nicht verhehlen, daß es zu Schwierigkeiten mit einem Teil der Öffentlichkeit kommen könne, wenn weiterhin finanzielle Mittel in den Dienst einer landwirtschaftlichen Überproduktion gestellt würden. Die deutschen Behörden müßten zur Zeit schon Kirchenräume und Lagerräume aller Art in Holland mieten, um überschüssigen Weizen einlagern zu können. Dies seien jedoch Fragen, für die sich Lösungen finden lassen sollten. Er wolle noch auf die Frage des Selbstversorgungsgrades der Gemeinschaft im Zusammenhang mit Außenhandelsfragen verweisen. Es müsse bei der Regelung dieses Problems so vorgegangen werden, daß auch eine gewisse Marge für Einfuhren aus den Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und aus dem Südosten Europas bliebe.

⁸ Die EG-Ministerratstagung fand am 22./23. Juli 1969 statt. Vgl. dazu Dok. 253.

⁹ Artikel 8 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 legte für die Schaffung des Gemeinsamen Markts eine Übergangszeit von zwölf Jahren fest, bestehend aus drei Stufen zu je vier Jahren. Die Übergangszeit endete somit am 31. Dezember 1969. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 774.

Er wolle mit allem Nachdruck darlegen, und wisse, daß er dabei auch für den Bundeskanzler sprechen könne, daß man das Argument, die deutschen Zahlungen seien zu hoch, von verantwortlicher Seite nicht hören werde. Es stelle sich die Frage, wie man längerfristig dieses Problem so lösen könne, daß alle Beteiligten von dieser Lösung etwas hätten.

Staatspräsident *Pompidou* erwiderte, auch er verhehle sich nicht die Schwierigkeiten, die dieser Gesamtkomplex aufwerfe. Es sei der deutschen Seite bekannt, daß die französische Regierung seinerzeit trotz des Drucks ihrer Landwirte für niedrigere Preise plädiert habe. Bei dem Bemühen um eine Lösung dieser Frage sei seine Regierung bereit, eine gemäßigte Haltung an den Tag zu legen.

Was die Einfuhren aus unterentwickelten Gebieten anbelange, solle sich die Gemeinschaft eine gemeinsame Haltung dazu erarbeiten. Immerhin sei es so, daß die Sechser-Gemeinschaft immer noch der größte Abnehmer von Nahrungsmitteln sei, die von außerhalb der Gemeinschaft, auch aus den USA, in diese eingeführt würden. Dies sei Ausfluß des „loi du marché“. Eine moralische Verpflichtung, die Landwirtschaft der USA zu unterstützen, bestehe nicht.

Er wolle die Frage anschneiden, wie man innerhalb der Sechser-Gemeinschaft zu Gesprächen über die anstehenden Probleme kommen könne. In seiner Wahlkampagne habe er den Vorschlag gemacht, daß die Sechs sich auf sehr hoher Ebene treffen sollten, um alle anstehenden Probleme, auch solche politischer Art, gemeinsam zu besprechen.¹⁰ Er frage sich, wie die deutsche Regierung auf einen solchen Vorschlag reagiere?

Der Herr *Bundesminister* entgegnete, man glaube, daß eine solche Konferenz nützlich sein könne. Der Bundeskanzler teile diese Auffassung in besonders starker Weise. Er selbst sei der Auffassung, daß aus praktischen Gründen eine solche Konferenz erst ziemlich am Ende des Jahres stattfinden könne. Dies sei jedoch kein Schaden, da manche Dinge, die in Brüssel zur Zeit anstünden, nicht bis zu einer solchen Konferenz vertagt werden müßten. In jedem Falle glaube er, daß eine Verständigung und Vorverständigung unter den Sechsen erforderlich sei, bevor man zu sieb in Erweiterungsgespräche eintrete.

Er wolle seine Bemerkung, die Konferenz könne erst am Ende des Jahres stattfinden, wie folgt präzisieren: Zwar fänden in Deutschland Wahlen statt¹¹, entscheidend sei aber, daß der Bundeskanzler und der Vizekanzler gemeinsam der Überzeugung seien, daß die deutsche Regierung in europäischen Fragen mobil bleibe. Die Partner der deutschen Regierung könnten davon ausgehen. Dies gelte auch für die Wochen nach dem 28. September. Es sei nicht erforderlich, falsche Rücksichten auf die deutsche Seite zu nehmen. Die deutsche Regierung werde in europäischen Fragen ihre Mobilität zu wahren wissen.

¹⁰ Der Präsidentschaftskandidat der Union des Démocrates pour la République (UDR), Pompidou, erklärte in einer Rede am 6. Juni 1969 in Mühlhausen u. a.: „Nous avons proposé et je suis prêt à proposer à nouveau une progression vers l'union politique, ne serait-ce pour commencer que par l'organisation de rencontres régulières entre les chefs d'état et de gouvernement des six pays. Nous souhaitons qu'en matière de droit des sociétés, d'harmonisation des fiscalités et des régimes sociaux, de politique des transports, de politique de l'énergie, de politique industrielle et scientifique, les études entreprises soient menées avec la volonté d'aboutir, et d'aboutir vite.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1329 des Botschafters Freiherr von Braun, Paris, vom 10. Juni 1969; Referat I A 1, Bd. 734.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 28. September 1969 statt.

Staatspräsident *Pompidou* führte dazu aus, er zweifle nicht daran, daß die deutsche Regierung handlungsfähig bleibe. Er freue sich im übrigen darüber, daß in der deutschen Politik wie in der französischen das Kontinuitätsprinzip gelte. Dies sei auch gut für die Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Er teilte die Auffassung, daß eine Gipfelkonferenz erst am Ende des Jahres einberufen werden könnte, es sei denn, daß unvorhergesehene Dinge alle Partner zwingen, sich über einen früheren Termin zu verständigen. Gewiß wolle man Fortschritte erzielen, es sei aber schlecht, in einer unzureichend vorbereiteten Konferenz sich überstürzt an bestimmte Themen heranzumachen. Was das „famose“ Thema der Erweiterung anbelange, sei er der Auffassung, daß zunächst die Sechs sich in dieser Frage eine Doktrin erarbeiten müßten. Man könne dann in eine Diskussion über die Methodik der Erweiterung und das Problem des Aufnahmeantrags Großbritanniens eintreten.

Bekanntlich habe Frankreich in den letzten Monaten und Jahren kein Glück mit Großbritannien gehabt. Die von General de Gaulle nach seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger und Vizekanzler Brandt vorgeschlagene „ouverture“ habe zu nichts geführt und letzten Endes Trübungen und Bedauern hinterlassen. Man könne dies aus dem Gesamtbild nicht herauslassen. In der französischen und internationalen Presse habe man in letzter Zeit vielleicht Illusionen genährt hinsichtlich der französischen Haltung in dieser Frage, weil man habe glauben machen wollen, Frankreich nehme eine abstrakte Haltung ein, während die Schwierigkeiten bekanntlich doch sehr real seien. Man werde dies noch feststellen. Keinesfalls aber gehe Frankreich mit negativer Einstellung an diese Fragen heran. Zunächst aber gelte es, die Sechser-Gemeinschaft zu vollenden. Dann müsse man eine Doktrin über die Methodik der Erweiterung ausarbeiten. In jedem Falle müsse man bona fide und ganz offen an diese Fragen herangehen. Diese Offenheit werde man schon deshalb brauchen, weil die Schwierigkeiten groß seien.

Der Herr *Bundesminister* legte dazu dar, das Element der Kontinuität sei auch für den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit jetzt umso wichtiger, als die beiden Baumeister dieses Vertrages nicht mehr im aktiven politischen Geschehen stünden. Die heutigen Verantwortlichen täten ein gutes Werk, wenn sie diese Kontinuität gegenüber den Baumeistern und den von ihnen vertretenen Völkern wahrten. Deutscherseits akzeptiere man auch die von französischer Seite gegebene Definition dieser Zusammenarbeit; sie sei in der Tat exemplarisch.

Was die europäischen Fragen anbelange, könne es durchaus dazu beitragen, die Atmosphäre leichter zu gestalten und es wäre auch hilfreich für die Zusammenarbeit, wenn die französische Regierung zu einem Zeitpunkt, den sie für richtig halte, ein Signal für die Besprechungen unter den Sechs gäbe oder zumindest prozedurale Anregungen dafür vermitteln könnte. Von deutscher Seite sei nicht beabsichtigt, Vorschläge dazu einzubringen. Für die beitrittswilligen Staaten sei allerdings die Dauer der späteren Verhandlungen von weniger Bedeutung als die Frage, wie man ins Gespräch kommen könne. Wenn dies klar sei, bessere sich die Lage, ohne daß irgendwelche juristischen Fragen damit angeschnitten seien. Desgleichen sei er der Auffassung, daß die Sechs auch prüfen müßten, wie sie ihr Verhältnis zu den Staaten gestalten wollten, die

auf irgendeinem Grunde einen Beitritt zur Gemeinschaft nicht erwägen können oder wollen, dennoch aber einen Anspruch auf ein geregeltes Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft hätten. Auch die Gemeinschaft habe auf die Regelung dieses Verhältnisses einen Anspruch.

Staatspräsident *Pompidou* erklärte dazu, er wolle die Bemerkung des Herrn Bundesministers so auslegen, daß dieser sich vorstelle, die Gemeinschaft wirke als Kern in Europa, um den sich eine weniger dichte Zone von Ländern lege, die durch Abkommen, Absprachen oder besondere Beziehungen miteinander verbunden seien. Er verstehe durchaus diese Frage; die französische Regierung werde sich damit befassen.

Wenn es den Sechs gelänge, eine gemeinsame Front, eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten, wenn jeder dazu seinen Beitrag leiste, dann müsse es auch gelingen, die Frage der beitragswilligen Länder in geeigneter Atmosphäre zu diskutieren. Zur Frage des Verfahrens wolle er noch einmal sagen, daß Frankreichs Ausgangshaltung keineswegs negativ sei. Allerdings möchte man auch nicht, daß irgendein Partner – dabei denke man nicht an Deutschland – Schwierigkeiten, auch nicht außerhalb der Gemeinschaft, schaffe.

Staatspräsident *Pompidou* schnitt sodann die Frage an, ob im Hinblick auf die Konsultationen im September schon Anregungen zur Behandlung bestimmter Fragen vorlägen.

Der Herr *Bundesminister* entgegnete dazu, Minister Schumann habe im Laufe des Vormittags auf die Sorgen Frankreichs hinsichtlich des französischen Sprachunterrichts an deutschen Schulen hingewiesen. Auch von deutscher Seite lägen ein paar Fragen vor, wobei man abwarten müsse, was die Experten dazu an Vorbereitungsarbeit vorlegen könnten. Im März habe man über die Zusammenarbeit im Montandreieck gesprochen.¹² Auch in dieser Frage seien auf deutscher Seite noch die Experten am Werk.

Botschafter *von Braun* bemerkte, zur Zeit lägen keine akuten Probleme vor, die in einem bilateralen Rahmen erörtert werden müßten.

Botschafter *Seydoux* wies darauf hin, daß die Frage des französischen Sprachunterrichts schon einmal Gegenstand eines Gesprächs zwischen den Herren Kiesinger und Pompidou gewesen sei. Was die Zusammenarbeit im Montandreieck anbelange, hätten in der letzten Woche Gespräche zwischen Botschafter Dr. Emmel und dem Gesandten Jordan in Paris begonnen.¹³

Staatspräsident *Pompidou* betonte, daß die Frage des Sprachunterrichts in Frankreich viel Beachtung finde. Man habe gerade an französischen Schulen den Unterricht der lateinischen Sprache zugunsten einer besseren Vermittlung

¹² Zu einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Luxemburg bei der Raumplanung in der Region Saar/Lothringen vgl. Dok. 94, besonders Anm. 23.

¹³ Am 1. Juli 1969 sprachen Botschafter z. b. V. Emmel und der stellvertretende Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Jordan, über eine regionalpolitische Zusammenarbeit in der Region Saar/Lothringen, wobei die Frage eines Wasserstraßenanschlusses für das Saarland im Vordergrund stand. Es wurde beschlossen, daß im Oktober 1969 Expertengespräche über die Verkehrswegeplanung in der Region aufgenommen werden sollten. Zum Vorhaben, auf dem Gelände des früheren NATO-Flugplatzes Grostenquin einen Großflughafen für das Saarland und Lothringen zu errichten, teilte Jordan mit, dieses Projekt sei „nicht mehr aktuell“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialrats Lang, Bundesministerium für Verkehr, vom 2. Juli 1969; Referat III A 4, Bd. 543.

lebender Sprachen eingeschränkt. Aus den Berichten über die Konsultationen im März habe er auch entnommen, daß Bundeskanzler Kiesinger nicht recht froh über die Tätigkeit der deutsch-französischen Kommission für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit sei.¹⁴ Auch von französischer Seite sei man über die Arbeit der Kommission nicht glücklich. Aus den vielen „sousentendus“ könne man zu dem Schluß gelangen, die deutschen Industriellen wüßten nichts Rechtes mit den französischen und die französischen nichts Rechtes mit den deutschen Industriellen anzufangen. Es erhebe sich die Frage, was man dort tun könne.

Der Herr *Bundesminister* führte dazu aus, Bundeskanzler Kiesinger habe wohl sagen wollen, daß eine rangmäßig absinkende Beteiligung deutscher Regierungsstellen an den Arbeiten dieser Kommission schlechte Auswirkungen gehabt habe. Da aber Minister Schiller in der kommenden Woche mit seinem Kollegen Giscard d'Estaing in Paris Gespräche führen werde¹⁵, sei es wohl zweckmäßig, wenn diese beiden Fachminister die Sachlage prüften.

Staatspräsident *Pompidou* legte dar, auch auf die Gefahr hin schockierend zu wirken, sei er der Auffassung, die Industriellen sollten untereinander Verbindungen schaffen und dies nicht den Regierungen überlassen. Er wäre sehr froh, wenn es in stärkerem Maße zu deutsch-französischen Gründungen oder Niederlassungen in dem einen oder anderen Land käme. Desgleichen würde er sich sehr freuen, wenn es in stärkerem Maße zu europäischen Investitionen, hier insbesondere mit deutsch-französischer Beteiligung, käme. Zwar seien Frankreichs Möglichkeiten derzeit beschränkt, die Lage werde sich aber bessern.

Auf die Frage des Staatspräsidenten, was es im Osten Neues gebe, entgegnete der Herr *Bundesminister*, viel tue sich zur Zeit nicht. Immerhin sei offensichtlich, daß die Ostländer die Erlaubnis zu Kontakten mit den Westländern und auch mit der Bundesrepublik Deutschland erhalten hätten. Was das Verhältnis zu Polen anbelange, habe man zu verstehen gegeben, daß es zur Regelung der Grenzfragen Geduld braucht.¹⁶ Von Interesse sei, daß es wohl vor der letzten Rede Gomulkas in Warschau¹⁷ lange Diskussionen gegeben habe. Zwar gebe es noch keine Änderungen, wohl aber eine modifizierte Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Es sei nicht mehr so leicht, uns einfach als Teufel an die Wand zu malen.

Mit der Sowjetunion bleibe man im Gespräch. Man wolle weiterhin Spannungen abbauen und dort, wo dies möglich sei, auch eine Zusammenarbeit anstreben.

Staatssekretär *Pompidou* erklärte, in Frankreich begrüße man solche Bemühungen. Wenn Frankreich einen Vertrag über Zusammenarbeit mit der Bun-

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 13. März 1969 in Paris; Dok. 100.

¹⁵ Bundesminister Schiller und der französische Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing trafen sich am 8. Juli 1969. Hauptthemen des Gesprächs waren die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik und Frankreich sowie währungspolitische Fragen. Vgl. dazu das Schreiben von Schiller an Bundeskanzler Kiesinger vom 11. Juli 1969; Ministerbüro, Bd. 337.

¹⁶ Vgl. dazu das Gespräch des Ministerialdirigenten Bóx, Warschau, mit dem polnischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Winiewicz am 26. Juni 1969; Dok. 211.

¹⁷ Zum Vorschlag des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gomulka, vom 17. Mai 1969, einen Grenzvertrag mit der Bundesrepublik zu schließen, vgl. Dok. 172, besonders Anm. 1.

desrepublik unterschrieben habe, dann in völliger Kenntnis dessen, was es einmal zwischen beiden Ländern gegeben habe. Zur Zeit aber hätten die deutsch-französischen Interessen Vorrang vor allem, was beide Länder einmal getrennt habe.

Man müsse versuchen, mit der Sowjetunion zu einer Entspannung zu gelangen. Zwar habe das sowjetische Eingreifen in der Tschechoslowakei gezeigt, daß Sowjetrußland noch nicht bereit sei, die Zügel zu lockern. Aber dennoch müsse man weiterhin, wie General de Gaulle dies auch gewollt habe, und wie Bundeskanzler Adenauer auch verstanden habe, um Entspannung in Europa bemüht bleiben, weil damit letzten Endes auch eine Lösung der deutschen Frage möglich werde. Dafür spreche auch, daß die USA in immer stärkerem Maße mit den Sowjets ins Gespräch kommen wollten. Er freue sich, daß die Bundesrepublik weiter um Kontakte bemüht bleibe. Die Technik, die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik seien für die Völker im Osten auch von höchstem Interesse. Daher werde die Bundesrepublik dort auch offene Ohren finden.

Frankreich bleibe weiterhin um eine Annäherung der Standpunkte bemüht, wenngleich die Prager Ereignisse wie ein Schock gewirkt hätten. Auch in den Beziehungen zu den USA hätten sich die Wogen geglättet. Der Besuch Präsident Nixons in Paris¹⁸ sei in guter Atmosphäre verlaufen. Er wolle weiterhin in diesem Geiste handeln.

Das Gespräch dauerte über den vorgesehenen Zeitpunkt hinaus bis 16.15 Uhr.

VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)

222

Gespräch des Bundesministers Brandt mit Ministerpräsident Chaban-Delmas in Paris

Z A 5-64.A/69 VS-vertraulich

4. Juli 1969¹

Der französische Premierminister, Herr Chaban-Delmas, empfing am Freitag, dem 4. Juli 1969, den Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu einem Gespräch, das im Amtssitz des Premierministers und in Anwesenheit der Herrn Botschafter von Braun und Seydoux gegen 16.20 Uhr begann.

Nach der Begrüßung durch den Herrn Premierminister bedankte sich der Herr *Bundesminister* für die Gelegenheit zu diesem Gespräch. Er benutze gern die Gelegenheit, Grüße des Herrn Bundeskanzlers zu übermitteln. Dieser freue sich darüber, daß für den Monat September in Bonn deutsch-französische Konsultationen² vereinbart worden seien. Man sei sich der Tatsache bewußt, daß

¹⁸ Präsident Nixon hielt sich vom 28. Februar bis 2. März 1969 in Frankreich auf.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 8. Juli 1969 gefertigt.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 8./9. September 1969 vgl. Dok. 279, Dok. 280 und Dok. 282.

man dabei auch die Kontinuität des deutsch-französischen Vertrages wahren wolle, eines Vertrages, den auch die deutsche Seite, im Sinne der Darlegungen des Herrn Staatspräsidenten und des Premierministers selbst für exemplarisch halte. In der Tat könne diese Zusammenarbeit in der Zukunft exemplarisch für alle europäischen Völker sein.

Der Herr *Premierminister* bedankte sich für die Grüße des Bundeskanzlers und bat den Herrn Bundesminister, diese Grüße zu erwidern.

Er habe erfahren, daß der Herr Bundesminister bereits mit dem französischen Außenminister³ und Staatspräsident Pompidou⁴ Gespräche gehabt habe. Er erlaube sich die Frage, welche Eindrücke diese Gespräche bei dem Herrn Bundesminister hinterlassen hätten. Er sei gerne bereit, das, was der Herr Bundesminister bereits erfahren habe, zu ergänzen oder auf weitere Fragen zu antworten.

Der Herr *Bundesminister* legte dar, im Gespräch zwischen den Außenministern seien auch bilaterale Fragen behandelt worden. Mit Staatspräsident Pompidou habe er über eine Intensivierung der Tätigkeit des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses gesprochen. Der Bundeswirtschaftsminister werde in der nächsten Woche mit seinem Kollegen, Herrn Giscard d'Estaing, Besprechungen in Paris abhalten. Bei dieser Gelegenheit solle die Frage des Wirtschaftsausschusses miterörtert werden.⁵

Im Laufe des Vormittags hätten die beiden Außenminister sich über weltpolitische Fragen, insbesondere über die Ost-West-Beziehungen ausgesprochen. Auch Staatspräsident Pompidou habe diese Fragen angeschnitten. Er (der Herr Minister) könne dazu selbst nicht viel Neues sagen. Deutschland bemühe sich wie die französische Regierung beharrlich, Spannungen abzubauen. Die Bundesrepublik sei nicht mehr der gleichen Feindseligkeit von seiten der Sowjetunion ausgesetzt. Auch die Haltung der polnischen Regierung habe sich modifiziert. Es scheine offensichtlich so zu sein, daß sie auch wie andere osteuropäische Regierungen grünes Licht für Kontakte und Zusammenarbeit mit westlichen Ländern im Bereich der Wirtschaft, der Technik, der Kunst und des Tourismus erhalten habe. Die beiden Außenminister vertreten in diesen Ost-West-Fragen eng beieinanderliegende Auffassungen. Er hoffe, daß dies so bleiben werde.

Als drittes Thema sei in seinen Gesprächen die eigentliche europäische Frage zur Sprache gekommen. Der größere Teil seiner Gespräche mit dem Außenminister und Staatspräsident Pompidou sei dieser Frage gewidmet gewesen. Er habe mit Interesse gehört, welche Vorstellungen man französischerseits über den Ausbau, die Verstärkung und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft hege. Einig sei man sich darin, daß eine Erweiterung die Gemeinschaft nicht schwächen dürfe. Man gehe auch darin einig, daß sich die Sechs über die Voraussetzungen für eine Erweiterung abstimmen müßten. Deutscherseits reagiere man positiv auf den Gedanken einer Sechser-Konferenz. Von deut-

³ Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Schumann vgl. Dok. 220.

⁴ Vgl. Dok. 221.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Schiller mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing am 8. Juli 1969 vgl. Dok. 221, Anm. 15.

scher Seite seien allerdings keine Initiativen dazu zu erwarten. Er selbst würde es begrüßen, wenn von französischer Seite im richtigen Zeitpunkt das Signal dazu gegeben würde.⁶ Dies müßte sich faktisch und auch psychologisch auf die Zusammenarbeit günstig auswirken, ohne daß damit juristische Fragen angesprochen wären.

In der Bundesrepublik finden am 28. September Wahlen statt. Er könne im Namen des Herrn Bundeskanzlers und in seinem eigenen Namen darlegen, daß der Wahlkampf die Bundesregierung in ihrer Handlungsfreiheit nicht einschränken werde. Nichts müsse aufgrund des Wahlkampfes in der Bundesrepublik in europäischen Angelegenheiten vertagt werden. Die Bundesregierung bleibe bereit, mitzuwirken bei den vielen kleinen Schritten, die noch erfolgen müßten, wenn Ende des Jahres die Übergangsperiode auslaufen⁷ und die Dinge auf den Weg gebracht werden sollten, welcher die Europäische Gemeinschaft in einen größeren Zusammenhang stellen soll. Dies werfe auch die Frage auf, wann man mit denen sprechen solle, die zu einem Beitritt bereit sind und wie man das Verhältnis mit denen regeln wolle, die einen Beitritt nicht vollziehen können oder wollen.

Premierminister *Chaban-Delmas* entgegnete, er gehe davon aus, daß Staatspräsident Pompidou und Minister Schumann dem Herrn Bundesminister schon dargelegt hätten, daß Frankreich großen Wert darauf lege, daß die Übergangszeit zu Ende gehe, so daß der Gemeinsame Markt vollends funktionieren könne. Europa müsse wirtschaftlich entstehen, dann sei zu prüfen, wie man dieses wirtschaftliche Europa in verschiedenen Bereichen ergänzen könne. Was den Beitritt Großbritanniens anbelange, müsse man prüfen, wie man mit diesem Lande verhandeln solle. Vorher aber sei eine reelle, seriöse Einigung unter den Sechs erforderlich. Er teile die Auffassung des Herrn Bundesministers dahingehend, daß man darauf achten müsse, daß ein Beitritt Großbritanniens und der anderen beitrittswilligen Länder nicht zu einer Schwächung der Gemeinschaft führe. Europa müsse vorankommen. Aus europäischem Bewußtsein halte aber Frankreich dafür, daß eine Erweiterung der Gemeinschaft eine Bereicherung für Europa darstellen müsse. Es sei also erforderlich, daß man sich in der Sechser-Gemeinschaft darüber einige. Schwierigkeiten sehe er hier nicht; schließlich verfolge man die gleichen Ziele.

Was eine französische Initiative anbelange, halte er es für selbstverständlich, daß Frankreich sich darüber mit der Bundesrepublik abstimme, schon wegen des „exemplarischen“ Charakters der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Der Premierminister und der Herr Bundesminister tauschten sodann Erinnerungen über ihre früheren Begegnungen aus. Premierminister Chaban-Delmas erklärte dazu, er habe den Herrn Bundesminister seinerzeit als Regierenden Bürgermeister von Berlin kennengelernt.⁸ Einige Jahre später habe er ihn wie-

⁶ Zum Vorschlag des französischen Außenministers Schumann vom 22. Juli 1969, eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten einzuberufen, vgl. Dok. 241, Anm. 7.

⁷ Zum Ablauf der Übergangszeit für die Schaffung des Gemeinsamen Markts am 31. Dezember 1969 vgl. Dok. 221, Anm. 9.

⁸ Der französische Minister ohne Portefeuille, Chaban-Delmas, hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1956 zur Verleihung des Europa-Preises des Europarats in Berlin (West) auf. Er traf sich u. a. mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Suhr, und dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Brandt.

der getroffen; damals sei die Lage noch ernster gewesen.⁹ Er habe aber unter dem Eindruck gestanden, daß der Herr Bundesminister sich damals wie ein Löwe für seine Stadt geschlagen habe.

Der Herr *Bundesminister* führte dazu aus, die Tatsache, daß er das Gefühl gehabt habe, nicht allein zu stehen, habe ihm damals viel Mut gegeben. Gerade die Haltung Frankreichs in dieser Zeit sei in dieser Hinsicht von Bedeutung gewesen.

Premierminister *Chaban-Delmas* entgegnete, Stärkung, die man aus der Haltung der Freunde gewinne, sei wichtig. Entscheidend bleibe aber die eigne Haltung.

Er schnitt sodann die Frage der geplanten Fluglinie Frankfurt–Moskau an. Ob man hier schon zu einer Vereinbarung gelangt sei?

Der Herr *Bundesminister* erklärte dazu, deutscherseits sei man an einer solchen Fluglinie interessiert, weil man sonst das einzige in Frage kommende Land in Westeuropa sei, das eine solche Fluglinie nicht unterhalte. Gewisse Schwierigkeiten ergäben sich aus der Tatsache, daß die Russen eine Zwischenlandung in Berlin-Schönefeld forderten.¹⁰ Streng genommen liege Berlin-Schönefeld schon außerhalb des Territoriums der Stadt Berlin. Damit seien Probleme auch im Zusammenhang mit dem Status der Stadt Berlin aufgeworfen, die er als langjähriger Bürgermeister dieser Stadt¹¹ besonders gut verstehe. Er glaube aber, daß ein Abkommen auch dann möglich sein sollte, wenn Berlin-Schönefeld als Zwischenlandungsplatz vorgesehen werde.

Die Russen hätten im Dezember dieses Thema angesprochen.¹² Kürzlich hätten sie Fühlung mit einer großen deutschen Firma aufgenommen, um die Frage russischer Erdgaslieferungen in die Bundesrepublik zu prüfen. Der bayerische Wirtschaftsminister, Herr Schedl, habe mit den Russen in Wien darüber gesprochen.¹³

Er habe den Eindruck, über den er in den Gesprächen des heutigen Tages noch nicht gesprochen habe, daß die Russen wohl Teile der deutschen Industrie nunmehr stärker an der Sowjetunion interessieren wollten, schon damit diese Industrie sich nicht stärker für China interessiere. Hier liege einer der Aspekte, die sich aus dem russischen Konflikt ergäben.

Premierminister *Chaban-Delmas* hielt diesen Hinweis für sehr interessant. Er sei der Auffassung, daß man die Zuspitzung des Konfliktes zwischen der Sowjetunion und China in allen Bereichen stärker spüren könne. Schon vor Jahren habe er in Moskau feststellen können, daß Nikita Chruschtschow sich darüber sehr besorgt gezeigt habe.¹⁴ Für Chruschtschow sei dieser Konflikt das politi-

⁹ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, besuchte vom 9. bis 11. Juni 1959 Frankreich.

¹⁰ Vgl. dazu zuletzt Dok. 196.

¹¹ Willy Brandt war von 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin.

¹² Vom 10. bis 17. Dezember 1968 fanden zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR Luftverkehrsverhandlungen statt. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 423.

¹³ Zu den Verhandlungen zwischen dem bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Schedl, dem Vorstandsvorsitzenden der Ruhrgas AG, Schelberger, und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Ossipow vom 20. bis 23. Juni 1969 in Wien vgl. Dok. 213, Anm. 3.

¹⁴ Vom 18. bis 29. Februar 1960 besuchte der Präsident der französischen Nationalversammlung, Chaban-Delmas, die UdSSR und traf dabei mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und sowjeti-

sche Hauptproblem gewesen. Daher habe er Interesse gezeigt für alles, was zu einer Entspannung in Europa und natürlich auch mit den USA habe führen können. Seine Nachfolger müßten nunmehr feststellen, daß die Dinge noch schlechter stünden, als Chruschtschow damals angenommen habe. Der Hinweis des Herrn Bundesministers bestätige dies.

Die französische Politik bleibe in der Frage der Ost-West-Beziehungen auf der Linie, die General de Gaulle festgelegt habe. Dies geschehe wohl im Interesse aller.

Der Herr *Bundesminister* bestätigte dies. Auf seine Bemerkung hin, er wolle die Zeit des Herrn Premierministers nicht über Gebühr in Anspruch nehmen und diesem noch guten Erfolg für das persönliche Wirken und Erfolg in der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wünschen, schnitt Premierminister *Chaban-Delmas* dann noch die Frage an, welche Perspektiven sich wohl für die Wahlen zum Bundestag ergeben könnten.

Der Herr *Bundesminister* entgegnete, jede Voraussage sei schwer. Immerhin habe man zwei interessante Anhaltspunkte. Trotz einiger Presseveröffentlichungen könne man feststellen, daß es mit Ausnahme der auf die Regierungsbildung folgenden ersten Wochen noch nie so viel Leute gegeben habe, die, wie heute, so stark mit der Großen Koalition einverstanden seien. Es habe auch noch nie so viele Stimmen gegeben, die sich auf die beiden großen Parteien verteilen. Letzteres sei wohl darauf zurückzuführen, daß die FDP keine Stimmengewinne mehr zu erwarten habe. Vor Monaten sei dies noch anders gewesen. Jetzt müsse diese Partei wohl mit Verlusten rechnen.

Was die radikalen Gruppierungen anbelange, könne man davon ausgehen, daß die Kommunisten mit einem durchschnittlichen Stimmenanteil von etwa 2,5 v. H. im Bundestag wohl nicht vertreten sein werden. Für die NPD, die man etwas zu einfach als neonazistisch einstufe, sei es auch noch nicht sicher, daß sie Vertreter in den Bundestag senden könne. Er hoffe, daß ihr Stimmenanteil bei etwa 5 v. H. liegen werde, wobei 5 v. H. auch 4,9 v. H. bedeuten könnten. Dann werde der Abstand zwischen den beiden großen Parteien interessant. Zur Zeit betrage dieser Abstand etwa 8 v. H. Er glaube, daß er sich wesentlich verringern werde. Drei Meinungsforschungsinstitute hätten drei verschiedene Voraussagen vorgelegt. Nach der ersten läge die SPD vorn. Nach der zweiten Voraussage gäbe es ein totes Rennen zwischen beiden großen Parteien und nach der dritten Voraussage läge die CDU um 3 v. H. vor der SPD. Er persönlich wolle sich an die dritte Voraussage halten. Träfe sie aber ein, müßte auch dies das politische Bild verändern. Wie die neue Regierung aussehe, könne er nicht sagen. Gewiß sei, daß die Große Koalition, auch wenn sie populär sei, keine ideale Lösung darstelle. Sollte es eine Neuauflage der Großen Koalition geben, könne dies nur mit dem Ziel geschehen, ein neues Wahlrecht auszuarbeiten, um beim nächsten Mal eine Große Koalition vermeiden zu können. Er kön-

Fortsetzung Fußnote von Seite 783

schen Ministerpräsidenten zusammen. Im Rückblick berichtete Chaban-Delmas, Chruschtschow habe zur Volksrepublik China bemerkt: „Il s'agissait d'un régime déviationniste qui n'avait de socialiste que le nom; sans doute la Russie soviétique allait-elle devoir, et pour longtemps, concentrer dans cette direction une part non négligeable de son attention et de ses forces; il était bien regrettable que les Américains n'eussent pas cru devoir faire le nécessaire en temps utile pour empêcher l'établissement d'un tel régime.“ Vgl. Jacques CHABAN-DELMAS, *L'ardeur*, [Paris] 1975, S. 297 f.

ne aber für seine Partei nicht garantieren, daß es zu einem neuen Wahlrecht¹⁵ komme. So wie es die Zahlen erlauben werden, sei eine Koalition CDU/FDP, eine Koalition SPD/FDP oder eben noch einmal eine Große Koalition denkbar.

Premierminister *Chaban-Delmas* bedankte sich für diese, wie er sagte, sehr klare Analyse. Er wolle sich nicht in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik einmischen, wolle aber persönlich dem Herrn Bundesminister aufrichtig Erfolg bei den Wahlen wünschen, auch im Interesse der Kontinuität in der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland.

Wenn man in den europäischen Fragen offen und konstruktiv diskutiere, könne man sich auch über den dritten Aspekt dieses Problems, nämlich die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, verständigen.

VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)

223

Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13513/69 geheim

Aufgabe: 6. Juli 1969, 11.40 Uhr

Fernschreiben Nr. 1507

Ankunft: 6. Juli 1969, 17.43 Uhr

Mit Kissinger habe ich gestern über Präsident Nixons Reise durch Südasien und nach Bukarest¹ gesprochen.

1) Bei der Lösung des Vietnamkonflikts, sagte er, komme es entscheidend darauf an:

a) das pazifisch-südasiatische Bündnissystem und das Vertrauen in die USA ungeschmälert zu erhalten. Ich hatte hierbei den Eindruck, daß der Bericht von Außenminister Rogers über seine kürzliche Asienreise² für die Dringlichkeit der Präsidentenbesuche eine wesentliche Rolle spielt.

b) zu verhindern, daß ein zweiter Präsident der USA politisch an Vietnam scheitere.

Kissinger sprach dabei sehr deutlich über die liberale und intellektuelle Opposition und ihre Motive, woraus hervorging, daß der Präsident nicht an ein Opfern des südvietnamesischen Regimes denkt und auch wie sehr innenpolitische Beweggründe für die Reise maßgebend sind.

¹⁵ Zum Vorhaben, das Wahlrecht der Bundesrepublik zu ändern, vgl. Dok. 137, Anm. 14.

¹ Präsident Nixon besuchte vom 26. Juli bis 2. August 1969 die Philippinen, Indonesien, Thailand, die Republik Vietnam (Südvietnam), Indien und Pakistan. Am 2./3. August 1969 hielt er sich in Rumänien auf.

² Der amerikanische Außenminister hielt sich vom 14. bis 19. Mai 1969 in der Republik Vietnam (Südvietnam) auf. Am 20./21. Mai 1969 nahm Rogers an der Ministerratstagung der SEATO und am 22./23. Mai 1969 an einer Konferenz der am Vietnam-Krieg beteiligten Staaten in Bangkok teil. Am 23./24. Mai 1969 besuchte er Indien, am 24./25. Mai 1969 Pakistan und Afghanistan. Am 26./27. Mai 1969 hielt sich Rogers anlässlich der Ministerratstagung der CENTO in Teheran auf.

2) Für den Besuch in Bukarest sei wesentliches Motiv, klarzumachen, daß die Vereinigten Staaten die sogenannte Breschnew-Doktrin³ nicht anerkannten. Ich habe erwidert, wir hätten das im Blick auf das Deutschlandproblem zu begrüßen. Kissinger sagte, die Sowjets hätten bisher in keiner Weise reagiert.

3) In der Erörterung der Breschnew-Erklärung über ein kollektives, asiatisches Sicherheitssystem⁴, das bisher ohne authentische Interpretationen geblieben sei, stimmten wir überein, daß es sich wahrscheinlich um einen russischen Versuch handle, auf den man zunächst in Moskau Reaktionen abwarte, um herauszufinden, was damit erreicht werden könne.

Kissinger betonte, daß es in einer von Moskau angestrebten „containment policy“ gegen Peking keine Absprachen zwischen Washington und Moskau geben werde. Die Geschichte lehre, daß es sich in einer Auseinandersetzung, wie zwischen Moskau und Peking, für eine Großmacht nicht empfehle, den stärkeren zu stützen, noch dazu, wenn er die Waffen liefere, mit denen auf einen selbst geschossen werde. Er wolle damit nicht sagen, daß der Gegenschuß ein Axiom der amerikanischen Politik sei.

Auf meine Bemerkung, in ihrer „containment policy“ müßten die Russen ein Interesse an der fortdauernden amerikanischen Präsenz auf dem südasiatischen Festland haben, erwiderte Kissinger „Sie möchten uns nicht siegen, aber auch nicht verschwinden sehen.“ Unmittelbare Kontakte über das Vietnamproblem gebe es zur Zeit mit den Russen nicht.

Zu meiner Frage, wieweit der Aufenthalt in Bukarest wegen der guten Beziehungen Rumäniens zu Peking im Zusammenhang mit der Asienreise gesehen werden könne, meinte Kissinger, er habe das dementiert, verstehe aber, daß es so interpretiert werde. Aus dieser Phase der Unterredung gewann ich den Eindruck, daß die chinesische Außenpolitik nach dem IX. Kongreß der KP China⁵ in Bukarest angesprochen werden wird.⁶

Zur Nahostlage sagte Kissinger, daß man sich in den amerikanisch-russischen Gesprächen⁷ weiter bemühen, aber nicht auf einen russisch-ägyptischen Lö-

³ Zur „Breschnew-Doktrin“ vom 12. November 1968 vgl. Dok. 15, Anm. 3.

⁴ Am 7. Juni 1969 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau: „Die brennenden Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage versperren uns nicht die Sicht für die Aufgaben auf längere Zeit: Die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in den Teilen der Erde, in denen sich die Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges, der Entfesselung bewaffneter Konflikte zusammenballt. Ein solches System wäre der beste Ersatz für die bestehenden militärisch-politischen Gruppierungen. [...] Wir meinen, daß die Entwicklung auch die Aufgabe auf die Tagesordnung rückt, ein System der kollektiven Sicherheit in Asien zu errichten.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 6.

⁵ Der Parteitag fand vom 1. bis 24. April 1969 statt.

⁶ Am 10. Juli 1969 berichtete Botschaftsrat Dröge, Brüssel (NATO), daß der amerikanische Botschafter bei der NATO, Ellsworth, über die Reise des Präsidenten am 2./3. August 1969 nach Rumänien mitgeteilt habe: „Zweck des Besuches [...] sei es, 'to explore ways of improving day to day bilateral relations'. Daneben interessiere sich Nixon für die Ansichten der rumänischen Führung zu internationalen Fragen und sei bereit, seine eigenen Ansichten dazu darzulegen. [...] Sollten die Rumänen auf China zu sprechen kommen, würde die amerikanische Seite die Diskussion auf die allgemeine Frage beschränken, wie der Friede in einer Welt von unterschiedlichen Regierungssystemen gewahrt werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1008; VS-Bd. 2757 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

⁷ Am 1. April 1969 begannen der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Sisco, und der sowjetische Botschafter in den USA, Dobrynin, in Washington Gespräche über eine Beilegung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu DOBRYNIN, In Confidence, S. 204–206.

sungsvorschlag abdrängen lassen werde. Der Nahostkonflikt sei durch die Emotionen brisant, ein neuer Nahostkrieg aber nicht zu erwarten.

4) Bewertung

Aus dem Gespräch, wie aus vorhergehenden im State Department, gewann ich den Eindruck, daß Moskau in seiner Einwirkung auf eine annähernde Lösung der beiden Konflikte, in Südostasien und im Nahen Osten, hinter den Erwartungen, die man vor einigen Monaten in seine Möglichkeiten gesetzt hatte, zurückgeblieben ist. Nicht, nimmt man an, weil es nicht mehr tun wollte, sondern weil es nicht mehr tun konnte, weil seine Einwirkungen begrenzter sind, als man glaubte.

Es ist zu erwarten, daß die USA nuancierte Konsequenzen aus der Tatsache ziehen werden, daß China sich heute offensichtlich (IX. Parteikongreß) mehr durch Moskau als durch Washington bedroht fühlt. Das wird zu nichts Dramatischem führen. Dem steht die Rücksicht auf die pazifischen und asiatischen Verbündeten, in diesem Fall besonders auch Taiwan, entgegen. Dem stehen, auch heute noch, gewichtige innenpolitische Interessen entgegen. Und was könnte Peking heute Washington, bei einer dann eintretenden Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau, bieten, selbst wenn es das wollte? Dem steht auch die vorsichtig-praktische Politik Nixons entgegen.

Es wäre keine Überraschung, wenn die amerikanisch-chinesischen diplomatischen Kontakte in absehbarer Zeit wieder aufgenommen würden⁸, wenn nicht in Warschau, dann an anderem Ort. Spektakuläre Ergebnisse wären davon nicht zu erwarten, wohl aber wechselseitige Informationen.

Andererseits ist das gemeinsame amerikanisch-russische Interesse nicht zu übersehen, – im Widerstreit gegeneinander – den chinesischen Einfluß in Südostasien einzudämmen. Das wird nicht zu Absprachen führen, wohl aber vielleicht zu einem begrenzten, stillschweigenden Zusammenspiel.

Sicher werden die USA sich nicht an einem asiatischen kollektiven Sicherheitssystem, das nur gegen China gerichtet sein kann, beteiligen, weil:

- a) sie dem Stärkeren (Rußland) nicht gegen den Schwächeren helfen wollen.
- b) sie als pazifische Macht nicht an einem Festlandsengagement interessiert sein können. Dies besonders nicht nach den China- und Vietnamerfahrungen der vergangenen 24 Jahre.
- c) sie im Zeichen des „overcommitment-drive“ in Kongreß und Öffentlichkeit zu einem solchen Engagement, selbst wenn sie es wünschten, heute weniger in der Lage wären, als früher.

Zu bezweifeln ist, daß nicht-kommunistische Staaten Asiens bereit sind, sich an einem kollektiven System zu beteiligen, wenn die USA abseits stehen, aber das bleibt abzuwarten.

Rege an, Bericht zur Vorbereitung Kanzlerbesuchs⁹ zu verwerthen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 4459 (II A 5)

⁸ Vgl. dazu Dok. 102, Anm. 33.

⁹ Bundeskanzler Kiesinger hielt sich am 7. bis 9. August 1969 anlässlich der deutsch-amerikanischen Regierungsgespräche in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 257–260.

224

**Staatssekretär Harkort, z.Z. Washington,
an Bundesminister Brandt**

Z B 6-1-13538/69 geheim
Fernschreiben Nr. 1524
Citissime

Aufgabe: 8. Juli 1969, 15.45 Uhr¹
Ankunft: 8. Juli 1969, 21.20 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretäre

Gleichlautend: Bundeskanzleramt – StS Carstens; BMF – StS Grund; BMVtdg – StS von Hase; BMWi – StS Schöllhorn; BM Schatz – StS Vogel.

Bitte sofort an Empfänger weiterleiten für Kabinettsitzung Mittwoch morgen (9. Juli).

Betr.: Devisenausgleich mit den Vereinigten Staaten

hier: 3. Verhandlungsrunde am 7. und 8.7.69 in Washington²

I. In den Verhandlungen hat die amerikanische Delegation unter Leitung von Unterstaatssekretär Samuels sich dem deutschen Devisenausgleichsangebot, wie es durch Beschluß des Kabinetts am 2. Juli 1969³ bestimmt war, sehr stark angenähert und auf frühere Positionen weitgehend verzichtet. Die amerikanische Delegation ist bevollmächtigt, mit uns eine Vereinbarung abzuschließen, wenn in einigen noch offenen Punkten eine Verständigung erzielt wird. Die gewünschten Konzessionen gehen über den Beschluß des Kabinetts vom 2. Juli hinaus. Sie betreffen:

1) Gewährung eines Zinssatzes von 3,5 Prozent für

- a) langfristiges Darlehen in Höhe von 1000 Mio. DM (unser Angebot 4 Prozent);
- b) Depot für zivile Beschaffungen, falls diese nicht in der erwarteten Höhe zustande kommen, in Höhe von bis zu 300 Mio. DM (bisher 3,75 Prozent);
- c) Rüstungskonto Nr. I (bisher 3,75).

2) Erhöhung des Gesamtausgleichsbetrags von 6055 Mio. DM auf 6080 Mio. DM. 6080 Mio. DM entsprechen genau 80 Prozent der amerikanischen Devisenausgaben für zwei Jahre, während unser Angebot von 6055 Mio. DM nur eine Annäherung an die 80 Prozent ist. Die amerikanische Delegation legt aus politisch-psychologischen Gründen größtes Gewicht darauf, daß genau 80 Prozent

¹ Hat Ministerialdirektor Herbst am 9. Juli 1969 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Berger verfügte.

Hat Berger am 9. Juli 1969 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Referat III A 5 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Dietrich am 9. Juli 1969 vorgelegen.

² Die erste Verhandlungsrunde fand am 1./2. Mai 1969 in Washington, die zweite am 2./3. Juni 1969 in Bonn statt. Vgl. dazu Dok. 142 und Dok. 201.

³ Das Kabinett billigte einen Verhandlungsvorschlag des Auswärtigen Amts, der einen Devisenausgleich mit den USA für die Jahre 1969 bis 1971 in Höhe von 6,055 Mrd. DM vorsah. Daraus ergab sich eine Belastung der Haushaltsjahre 1969 bis 1972 in Höhe von insgesamt 2,601 Mrd. DM, die darin enthaltenen Einnahmeverluste (à fonds perdu-Zahlungen) betrugen 421 Mio. DM. Für die dem Kabinett vorgelegte Übersicht vgl. Referat III A 5, Bd. 682.

erreicht werden. Dieser Erhöhungsbetrag von 25 Mio. DM würde den von der KW⁴ zu übernehmenden amerikanischen Auslandsforderungen zugeschlagen werden und den Betrag von 200 Mio. DM auf 225 Mio. DM bringen.

Die Erfüllung der genannten amerikanischen Wünsche würde die à fonds perdu-Zahlungen über 10 Jahre um rund 50 Mio. DM gegenüber dem Kabinettsbeschuß vom 2.7.69 erhöhen (rund 898 Mio. DM gegen 847 Mio. DM), in den Jahren 1969–72 ca. 20 Mio. DM mehr.

II. Übereinstimmung ist erzielt worden über:

- 1) eine zweijährige Laufzeit des Abkommens (1.7.69 bis 30.6.71);
- 2) den Gesamtbetrag der militärischen Beschaffungen in Höhe von 3200 Mio. DM;
- 3) den Devisentransfer (KW-Projekt) 600 Mio. DM;
- 4) die zivilen Beschaffungen in Höhe von 500 Mio. DM;
 - Uran-Projekt in Höhe von 200 Mio. DM⁵;
 - Airbus-Projekt in Höhe von 120 Mio. DM⁶;
 - Euro-Kuppler in Höhe von 180 Mio. DM⁷;
 - sonstige Beschaffungen können einvernehmlich für die Anrechnung auf den Devisenausgleich in Betracht kommen.

Falls die Aufträge nicht wie vorgesehen zustande kommen, wobei das Uran-Projekt in jedem Falle angerechnet wird, kommt es zu einer Depotgestellung in Höhe von bis zu 300 Mio. DM.

Es wird gewährleistet, daß bis zum 30.6.1970 Zahlungen oder Depotgestellung bis zu 250 Mio. DM erreicht werden, bis zum 30.6.1971 weitere 250 Mio. DM. Das Depot wird in keinem Falle mehr als 300 Mio. DM betragen.

- 5) Den Erwerb von Auslandsforderungen durch den Bund 250 Mio. DM zu einem Zinssatz von 4 Prozent;

Erwerb von Auslandsforderungen durch KW 200 Mio. DM mit einem Zinssatz von 5 Prozent.

⁴ Kreditanstalt für Wiederaufbau.

⁵ Die Bundesregierung beabsichtigte, zur Bildung einer Kernbrennstoff-Reserve Urankäufe in den USA zu tätigen, die im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichs vorgenommen werden sollten. Die Lagerung des Urans in der Bundesrepublik war über einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren geplant; eine Entnahme von bis zu 30 % der Reserven sollte nur bei Versorgungsengpässen möglich sein. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 3. Juli 1969; Referat III A 5, Bd. 682.

⁶ Am 29. Mai 1969 unterzeichneten Bundesminister Schiller und der französische Verkehrsminister Chamant in Paris eine Vereinbarung über den Bau eines europäischen Großraum-Transportflugzeugs vom Typ „Airbus A-300 B“. Artikel 4 und 5 der Vereinbarung stellten es den Vertragspartnern frei, bei der Durchführung auch die Industrien von Drittstaaten zu beteiligen. Wie das Bundesministerium für Wirtschaft am 4. Juli 1969 mitteilte, kämen als amerikanische Zulieferungen für den Airbus vor allem Triebwerke und elektronische Cockpit-Ausrüstungen in Betracht. Für das Schreiben vgl. Referat III A 5, Bd. 682.

⁷ Die Deutsche Bundesbahn erklärte sich bereit, im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichs einen Teil des für die Umrüstung ihres Fahrzeugparks auf die Automatische Kupplung notwendigen Materials in den USA zu erwerben. Dazu teilte das Bundesministerium für Verkehr am 3. Juli 1969 einschränkend mit, daß Voraussetzung für den Kauf die rechtzeitige Einführung der Automatischen Kupplung durch die Europäische Konferenz der Verkehrsminister sei. Die Beratungen hierüber seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Vgl. dazu Referat III A 5, Bd. 682.

Dieser Betrag würde im Falle der Zustimmung des Kabinetts um 25 Mio. auf 225 Mio. DM erhöht werden.

6) Vorzeitiger Schuldentransfer 175 Mio. DM;

7) Verzicht auf den Transfer der Zinsen aus dem Rüstungskonto II 130 Mio. DM.

III. Ich halte das Ergebnis für befriedigend, mehr ist nicht zu erreichen. Mit Zustimmung aller Delegationsmitglieder (BMF, BMVtdg, BMWi, BM Schatz) schlage ich vor, daß das Kabinett den von den Amerikanern gewünschten Konzessionen zustimmt.

In diesem Fall können die Verhandlungen am 9. Juli zu Ende geführt und der Text einer grundsätzlichen Übereinkunft formuliert werden. Die Verständigung über technische Einzelheiten kann anschließenden Sachverständigengesprächen überlassen bleiben.

Weisung sofort nach Kabinettsberatung erbeten.⁸

[gez.] Harkort

VS-Bd. 8763 (III A 5)

225

Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13537/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 434

Aufgabe: 8. Juli 1969, 17.30 Uhr
Ankunft: 8. Juli 1969, 18.48 Uhr

Betr.: Nahostkonflikt;

hier: Israelischer Wunsch nach deutscher Unterstützung des Jerusalemer Standpunkts von der Notwendigkeit der unmittelbaren Regelung durch die Konfliktparteien in Washington

Gelegentlich einer Unterredung, die ich heute mit dem israelischen Außenminister hatte (vgl. Drahtbericht Nr. 433 vom 8. Juli 1969), drückte Herr Eban den Wunsch aus, daß der Herr Bundeskanzler bei seiner jetzt für den 7. und 8. August vorgesehenen Reise nach Washington¹ den israelischen Standpunkt von der Notwendigkeit der unmittelbaren Regelung des Nahostkonflikts durch die Konfliktparteien und von der Schädlichkeit der sowjetischen Ingerenz in den Nahostkonflikt bei Präsident Nixon unterstützen möge.

Im einzelnen führte Herr Eban folgendes aus:

Die seit März 1969 geführten Vierer-Besprechungen (USA, Sowjetunion, Groß-

⁸ Die Bundesrepublik und die USA schlossen am 9. Juli 1969 das Abkommen über einen Devisenausgleich für die Zeit vom 1. Juli 1969 bis zum 30. Juni 1971. Für den Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 682.

¹ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsgesprächen vgl. Dok. 257–260.

britannien und Frankreich)² und die parallel dazu geführten amerikanisch-sowjetischen Zweier-Besprechungen³ hätten zu keinen Resultaten geführt. In den Vierer-Besprechungen sei es nicht einmal möglich gewesen, sich auf einen Zwischenbericht zu einigen. Die sowjetischen Gegenvorschläge, die nach Rückkehr von Gromyko von seinem Anfang Juni in Kairo erfolgten Besuch den Amerikanern unterbreitet worden seien⁴, stellten nach der Analyse des israelischen Außenministeriums sogar ein Minus gegenüber den sowjetischen Vorschlägen vom 30. Dezember 1968⁵ dar. Schon die amerikanischen Vorschläge, die jetzt mit den sowjetischen Gegenvorschlägen beantwortet worden seien, hätten nicht in allen Punkten die Zustimmung der Israelis finden können. Leider seien aber nur im Streit befindlich die amerikanischen und die sowjetischen Vorschläge.

Die Verlegung der Zweier-Besprechungen nach Moskau betrachtete Herr Eban als nur vorübergehend. Der stellvertretende Staatssekretär Sisco werde sich nur kurze Zeit in Moskau aufhalten und auch nach Paris und London gehen, um den Moskauer Besprechungen nicht zu großes Gewicht zu geben. Daß Israel schon aus dem Grunde seiner Nichtvertretung in Moskau schwerste Bedenken gegen Moskau als Besprechungsort habe, liege auf der Hand.

Die sowjetischen Gegenvorschläge seien für Israel aus folgenden Punkten völlig unannehmbar:

- 1) Die Sowjets hätten die Notwendigkeit des auch von den Amerikanern als richtig erachteten contractual binding agreement zwischen den Konfliktparteien verworfen.
- 2) Stellten sie den Grundsatz der totalen Räumung aller israelisch besetzten arabischen Gebiete als Voraussetzung jeder Regelung heraus. Damit trügen sie der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967, die von secure and recognized boundaries spreche⁶, nicht Rechnung. Hätte die November-Resolution die Linien vom 4. Juni 1967 im Auge gehabt, dann hätte sie gar nicht mehr von secure and recognized boundaries zu sprechen brauchen.

² Die Gespräche wurden am 3. April 1969 in New York aufgenommen und am 1. Juli 1969 auf unbestimmte Zeit vertagt. Dazu berichtete Gesandter von Schmidt-Pauli, New York (UNO), „daß die Viertertreffen ausgesetzt seien, um den beiden Supermächten, bei deren Verhandlungen in Washington ohnehin bereits der Schwerpunkt lag, Gelegenheit zu weiteren Verhandlungen zu geben, deren Wiederaufnahme in Moskau erwartet werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 705; Referat I B 4, Bd. 344.

³ Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen vgl. Dok. 223, Anm. 7.

⁴ Der sowjetische Außenminister hielt sich vom 10. bis 13. Juni 1969 in der VAR auf. Am 26. Juni 1969 meldete die Presse, daß die sowjetische Regierung den USA Vorschläge für eine Regelung des Nahost-Konflikts unterbreitet habe. Der Plan sehe „einen durch die Vier Mächte oder die USA und die UdSSR garantierten Frieden vor. Voraussetzungen für diesen Frieden sollen auf der einen Seite der vollständige Rückzug der Israeli aus allen im Junikrieg von 1967 eroberten arabischen Gebieten einschließlich der Altstadt von Jerusalem und auf der anderen Seite die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten sowie die freie Schifffahrt für Israel durch den Suezkanal und im Golf von Akaba sein. An den israelisch-arabischen Grenzen sollten internationale Überwachungstruppen stationiert werden.“ Vgl. den Artikel „Sowjetischer Nahost-Friedensplan“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 26. Juni 1969, S. 2.

⁵ Zum sowjetischen Stufenplan vgl. Dok. 21, Anm. 6.

⁶ Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats bestimmte als Grundsatz für eine Friedensregelung im Nahen Osten neben dem Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten: „Termination of all claims or states of belligerency and respect for and acknowledgement of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force“. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42.

3) Die Sowjets lehnten den Grundsatz der ständigen Demilitarisierung der Sinai-Halbinsel einschließlich des Zugangs zum Golf von Akaba bei Sharm-el-Sheikh ab und seien nur bereit, eine Demilitarisierung auf die Dauer von fünf Jahren zuzugestehen. Folge man den sowjetischen Vorschlägen, so werde eine Situation geschaffen, die nach fünf Jahren plus ein Tag zur Wiederholung des 23. Mai 1967, d. h. der Schließung des Golfs von Akaba, führen werde. Eine solche Situation sei für Israel auch deshalb unannehmbar, weil es nicht für einen Zeitraum von nur fünf Jahren z. B. eine Pipeline von Eilat am Golf von Akaba nach Ashkalon am Mittelmeer errichten könne.

4) In der Flüchtlingsfrage forderten die Sowjets Wahlrecht auf Entschädigung oder Rückkehr für eine unbegrenzte Zahl von Flüchtlingen (in den israelisch-amerikanischen Besprechungen sei immer von einer Begrenzung ohne bisherige Festlegung einer Zahl gesprochen worden. Auf meine Frage stellte Herr Eban nicht in Abrede, daß von israelischer Seite die Zahl 100 000 genannt worden sei.) Vom juristischen Standpunkt aus müsse Israel sich dagegen wenden, daß die souveräne Entscheidungsbefugnis Israels, wen es zurücknehmen wolle, aufgehoben und stattdessen ein subjektives Recht von Einzelindividuen geschaffen würde.

5) Recht der freien Durchfahrt durch die internationalen Wasserwege. Die Sowjets hätten ein Recht auf freie Durchfahrt in den Golf von Akaba durch die Straße von Tiran in ihren Gegenvorschlägen konzidiert. Was den Suezkanal anbelange, so hätten sie [ihn] jetzt, anders als in ihren Dezember 1968-Vorschlägen, ausdrücklich erwähnt. Sie seien aber nicht der amerikanischen Version, daß der Suezkanal auch für die israelische Schifffahrt zu öffnen sei, beigetreten, sondern hätten sich darauf beschränkt zu sagen, daß das Recht der freien Durchfahrt durch den Suezkanal sich nach Artikel 10 der Konstantinopeler Akte von 1888 über den Suezkanal⁷ richte; es werde mit anderen Worten der gleiche Zustand geschaffen, wie er nach der ägyptischen Nationalisierung des Suezkanals 1956⁸ bestanden habe: Damals habe Ägypten behauptet, daß Artikel 10 der Konstantinopeler Akte ihm als Uferstaat das Recht gebe, Israel von der Benutzung des Kanals auszuschließen.

6) In ihren Gegenvorschlägen hätten die Sowjets eine simultane Regelung des Konflikts Israels mit der VAR, Jordanien, Syrien und Libanon gefordert und den den Amerikanern vorschwebenden Gedanken einer Primärlösung des israelisch-ägyptischen Konflikts verworfen. Diese sowjetische Haltung stelle einen Rückschritt gegenüber dem seinerzeit vor Aushandlung der Waffenstill-

⁷ Artikel 10 des Abkommens vom 29. Oktober 1888 zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Rußland und der Türkei (Abkommen von Konstantinopel) bestimmte, daß die Freiheit der Schifffahrt im Suez-Kanal kein Hindernis für Maßnahmen bilde, welche die Kaiserlich Ottomanische Regierung als notwendig erachte, „um durch ihre eigenen Kräfte die Verteidigung Ägyptens sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ bzw. „die Verteidigung ihrer sonstigen, an der Ostküste des Roten Meeres gelegenen Besitzungen zu sichern“. Vgl. NOUVEAU RECUEIL GÉNÉRAL DE TRAITÉS ET AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL. Continuation du grand Recueil de G. Fr. de Martens par Felix Stoerk. Serie II, Bd. XV, Göttingen 1891, S. 563 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9181–9183.

⁸ Am 26. Juli 1956 gab Präsident Nasser in Alexandria die Verstaatlichung der Allgemeinen Suezkanal-Gesellschaft bekannt. Vgl. dazu die Erklärung vom 12. August 1956; EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9189–9191.

standsverträge von Rhodos 1949 eingeschlagenen Verfahren dar. Damals habe Israel der Reihe nach mit Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon verhandelt und mit diesem Verfahren gute Ergebnisse erzielt.⁹

Die Forderung nach Simultanverhandlungen eröffne der VAR und damit der Sowjetunion auch ein Veto in Verhandlungen Israels mit Jordanien, Syrien und Libanon.

7) Die Sowjetunion habe den amerikanischen Gedanken der Aushandlung von Teilelementen einer Gesamtregelung zwischen den Konfliktparteien unter Einschaltung des Botschafters Jarring verworfen.

8) Die Amerikaner hätten sich dafür eingesetzt, daß in der Schlußerklärung über die Beendigung des Kriegszustandes die VAR die Existenz Israels als eines unabhängigen, souveränen Staates in der Nahostregion ausdrücklich anerkenne. Die Sowjets wollten eine Anerkennung der VAR hinsichtlich der Existenz „aller Staaten in der Nahostregion“ genüge sein lassen. Die VAR brauche also nur die Staatsqualität Israels zu bestreiten, um auch nach Abgabe einer solchen Erklärung an der Politik der Nichtanerkennung Israels festhalten zu können.

Zum Schluß unserer Unterredung führte Herr Eban aus, seiner Meinung nach bestehe eine Interessenidentität zwischen Europa und Israel in Ansehung einer Zurückbindung des Einflusses der Sowjetunion in der Nahostregion und im Mittelmeer. Würde eine Nahostregelung entsprechend den sowjetischen Vorstellungen geschaffen werden, dann werde die De-facto-Stellung der Sowjetunion im Nahen Osten und im Mittelmeer legalisiert und legitimiert. Der Sowjetunion werde damit die Möglichkeit eröffnet, zum Anbieter in der Nahostregion zu werden. Dies könne unmöglich das Interesse Europas und der Bundesrepublik Deutschland sein. Auch aus diesem Grunde wäre die israelische Regierung dem Herrn Bundeskanzler dankbar, wenn er sich bei Präsident Nixon zum Fürsprecher des israelischen Standpunktes machen könnte, daß der Konflikt im Nahen Osten ohne Einschaltung der raumfremden Großmächte in unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien gelöst werden müsse. Botschafter Ben Natan werde den Auftrag erhalten, um eine Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler nachzusuchen und ihm bei Gewährung auch seinerseits die vorstehend skizzierten israelischen Erwägungen zu den sowjetischen Gegenvorschlägen in der Nahostfrage vorzutragen.¹⁰

[gez.] Knoke

VS-Bd. 2812 (I B 4)

⁹ Israel vereinbarte zunächst mit Ägypten am 24. Februar 1949 einen Waffenstillstand (Vertrag von Rhodos). Nach diesem Beispiel folgten am 23. März, 3. April und 29. Juli 1949 Waffenstillstandsabkommen mit dem Libanon, Jordanien und Syrien. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 42, S. 252–285, 288–301, 304–325 und S. 328–351.

¹⁰ Am 14. Juli 1969 bat Ministerialdirektor Frank die Botschaft in Tel Aviv, dem israelischen Außenminister Eban mitzuteilen, „daß die Sowjetunion konsequent das Ziel verfolgt, ihren politischen und militärischen Einfluß in den gesamten Mittelmeerraum auszudehnen und das Kräfteverhältnis in diesem Gebiet zu ihren Gunsten zu verschieben. Der Sowjetunion ist daher an einem latenten Spannungszustand im Nahen Osten sehr gelegen. Ein offener Krieg hingegen würde kaum in die Pläne Moskaus passen. Die sowjetische Grundhaltung kommt nach unserer Auffassung auch in dem bisherigen Ablauf der Vierergespräche zum Ausdruck, die zum Ziel haben, eine neue militärische Eskalation im Nahen Osten zu verhindern. Wir machen uns allerdings keine Illusionen über die

Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13548/69 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 741

Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 8. Juli 1969, 18.30 Uhr

Ankunft: 9. Juli 1969, 08.20 Uhr

Leiter Westeuropaabteilung im Außenministerium, Botschafter el-Naggar, bat heute italienischen Botschafter¹ und mich ins Außenministerium, um uns im Auftrag von Außenminister Riad mitzuteilen, daß Botschafteraustausch Ägyptens mit der „DDR“ am Donnerstag, den 10. Juli, erfolgen werde.

Nach ägyptischer Ansicht hätten Beziehungen der VAR zur DDR nichts mit den Beziehungen Bonn–Kairo zu tun. Er hoffe, daß sich diese weiterhin freundschaftlich entwickeln werden.

Italienischer Botschafter gab seiner Überraschung über diese Mitteilung Ausdruck. Umso mehr als er am Vortage längeres Gespräch mit el-Naggar über Interview Bundesaußenminister mit libanesischer Zeitung hatte, in dem positive Feststellungen für weitere Entwicklung deutsch-ägyptischer Beziehungen enthalten seien, wenn diese die ägyptische Regierung auch noch nicht voll befriedigten.² Italienischer Botschafter bat um Termin bei Außenminister Riad.

El-Naggar erwiderte, Entscheidung über Zeitpunkt sei kürzlich getroffen worden. Außenminister Riad hatte unserem Botschafter im Haag mitgeteilt, daß Entscheidung im Prinzip bereits gefallen sei.³ Die Tatsache, daß wir zwei Tage

Fortsetzung Fußnote von Seite 793

vielerlei Schwierigkeiten, die einen gerechten und dauerhaften Frieden, der allen Staaten der Region und damit vor allem Israel ein Leben in Sicherheit und Freiheit ermöglichen wird, noch entgegenstehen. Für uns besteht kein Zweifel, daß eine entsprechende Lösung von den Konfliktparteien in eigener und freier Entscheidung angenommen werden muß. Diese Auffassung vertreten wir mit Nachdruck auch gegenüber unseren Verbündeten und in den internationalen Gremien. Bezüglich des Weges, der zu diesem Ziel führt, möchten wir davon absehen, der amerikanischen Regierung eine bestimmte Auffassung über die am besten geeignete Methode, den Frieden im Nahen Osten herbeizuführen, nahezu legen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 188; VS-Bd. 2812 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

¹ Felice Catalano di Melilli.

² Bundesminister Brandt führte am 28. Juni 1969 gegenüber der libanesischen Zeitung „Al-Hayyat“ aus: „Die Aktivierung der deutschen Nahostpolitik wird leider durch einige arabische Regierungen erschwert, welche die Zusammenarbeit mit uns zurückweisen und es vorziehen, sich mit dem kommunistisch regierten Teil Deutschlands zu arrangieren. Ich werde mich auch dadurch nicht zu einer anti-arabischen Politik verleiten lassen. Die Bundesregierung wird vielmehr ihre Bemühungen fortsetzen, mit den Arabern bei der Überwindung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Gegenwart zusammenzuarbeiten. ‚Machtpositionen‘ im Nahen Osten haben wir nie angestrebt und wird die Bundesregierung weiterhin nicht anstreben, wenn böswillige Propagandisten aus durchsichtigen Gründen auch das Gegenteil behaupten mögen.“ Brandt erläuterte die humanitäre Hilfe der Bundesregierung für die Palästina-Flüchtlinge und führte hinsichtlich einer Lösung des Nahost-Konflikts aus, daß es jetzt darauf ankomme, die Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 in die Tat umzusetzen: „Dazu gehört auch der Abzug der Truppen, wie er in dem ersten Punkt der Resolution gefordert wird. [...] Ich habe dieser Tage in England gesagt: Respekt vor legitimen Interessen der arabischen Staaten, aber Nein zu Plänen und Absichten, die Israel zerstören und sein Volk vernichten würden.“ Vgl. BULLETIN 1969, S. 753 f.

³ Zum Gespräch des Botschafters Arnold, Den Haag, mit dem ägyptischen Außenminister Riad am 19. Juni 1969 vgl. Dok. 197, Anm. 10.

vor der offiziellen Bekanntmachung unterrichtet werden, sei als freundschaftliche Geste seiner Regierung zu werten.

Er gab Hoffnung Ausdruck, unsere Reaktion würde weitere freundschaftliche Entwicklung deutsch-ägyptischer Beziehungen nicht ausschließen.

Italienischer Botschafter überließ mir das Wort zur Antwort auf diese Feststellung. Ich verwies auf Abschiedsbesuch Dr. Lahn bei Unterstaatssekretär Samih Anwar⁴, bei dem 5-Punkte-Erklärung der Bundesregierung⁵ ausführlich erläutert worden sei. El-Naggar zeigte sich darüber unterrichtet. Anerkennung der „DDR“ würde Spaltung Deutschlands vertiefen. Sie würde von uns als unfreundlicher Akt angesehen, der jede von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit ausschließe. Reaktion der Bundesregierung würde, wie ägyptische Regierung bekannt, Interessen des ganzen deutschen Volkes berücksichtigen. El-Naggar erwiderte, auch dies sei ihm bekannt. Ägyptische Regierung hoffe, daß deutsches Volk eines Tages seine Spaltung überwinden werde.

Italienischer Botschafter verwies auf Tragweite der getroffenen Entscheidung. Er halte sich als Schutzmachtbotschafter für verpflichtet, alle Schritte zu unternehmen, um deutsche Interessen zu wahren.

El-Naggar ließ italienischen Botschafter jedoch nicht zu Worte kommen. Das Gespräch wurde erregt, da beide Botschafter minutenlang zu gleicher Zeit sprachen. El-Naggar wandte sich erneut an mich und betonte, Unterredung werde von ihm in freundschaftlichem Geiste geführt.

Ich dankte el-Naggar und benutzte Gelegenheit, ihn zu fragen, ob seit Winzerbesuch⁶ irgendwelche Ereignisse eingetreten seien, die ägyptische Entscheidung beeinflusst hätten. El-Naggar verneinte dies.

Italienischer Botschafter verabschiedete sich, indem er seine Bitte um Termin bei Außenminister aufrecht erhielt.⁷

Italienischer Botschafter hat anschließend von Kabinettschef Riad erfahren, daß Entscheidung bei Kabinettsitzung unter Vorsitz Nassers Sonntag abend⁸ gefallen sei. Sie könne daher als unwiderruflich angesehen werden. Italienischer Botschaftsrat mit langjähriger Erfahrung in Kairo äußerte, Gesinnungswandel müsse sich in den letzten Tagen vollzogen haben. Nach Winzerbesuch sei ihm wiederholt versichert worden, mit Anerkennung „DDR“ sei zur Zeit nicht zu rechnen.

Habe heute abend Termin bei Wirtschaftsminister Hassan Abbas Zaki in dessen Privatwohnung auf Wunsch Zakis. Weiterer Bericht vorbehalten.⁹

[gez.] Harder

VS-Bd. 4401 (II A 1)

⁴ Zum Gespräch vom 4. Juni 1969 vgl. Dok. 189.

⁵ Zur Grundsatzerklärung der Bundesregierung vom 30. Mai 1969 über die Deutschland- und Friedenspolitik vgl. Dok. 179, besonders Anm. 43.

⁶ Der Außenminister der DDR, Winzer, führte vom 6. bis 9. Juni 1969 Gespräche mit Staatspräsident Nasser und dem ägyptischen Außenminister Riad in Kairo.

⁷ Zum Gespräch des italienischen Botschafters in Kairo, Catalano di Melilli, mit dem ägyptischen Außenminister Riad am 9. Juli 1969 vgl. Dok. 230.

⁸ 6. Juli 1969.

⁹ Am 9. Juli 1969 berichtete Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, daß der ägyptische Wirtschaftsminister ihm am Vorabend mitgeteilt habe, die Entscheidung zur Anerkennung der DDR sei von Prä-

Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn mit Sami Rahmani

I B 4-82.00-92.17-1772^{II}/69 VS-vertraulich9. Juli 1969¹

Niederschrift über ein Gespräch des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn und einem Beauftragten des Kurdenführers M. M. Barsani, Herrn Rahmani, am 9. Juli 1969 im Auswärtigen Amt.²

Am 9. Juli 1969 empfing der Herr Parlamentarische Staatssekretär Jahn Herrn Rahmani auf dessen Bitten zu einem Gespräch. *Rahmani* leitete das Gespräch mit dem Hinweis darauf ein, er sei vom Kurdenführer Barsani beauftragt worden, Kontakte mit der Bundesregierung zu suchen und dankbar, daß er vom Herrn Parlamentarischen Staatssekretär empfangen werde.

Anschließend gab er eine sehr gedrängte, aber sehr präzise Darstellung der inneren Lage im Irak unter besonderer Berücksichtigung des kurdischen Auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 795

sident Nasser selbst getroffen worden. Als Wirtschaftsminister sei er nun besorgt über mögliche Reaktionen der Bundesregierung. Er bitte dringend darum, keine übereilten Entscheidungen zu treffen: „Sein Rat sei, auch weiterhin die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu pflegen. Für diesen Fall liege eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Bonn–Kairo durchaus im Bereich des Möglichen.“ Die VAR habe „jedes Interesse an einer Verbesserung des Klimas“, falls die Reaktion der Bundesregierung gemäßigt bleibe. Darauf habe er, Harder, erwidert, daß es ihn doch eigenartig berühre, „wenn die ägyptische Regierung, die jahrelang die ausgestreckte Hand der Bundesregierung zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht ergriffen habe, ausgerechnet im Zeitpunkt der Anerkennung der ‚DDR‘ ihrem Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen Ausdruck gebe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 742; VS-Bd. 4401 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und von Ministerialdirektor Frank am 23. Juli 1969 an Staatssekretär Harkort weitergeleitet.

Hat Harkort am 26. Juli 1969 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Staden am 28. Juli 1969 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Gehlhoff am 4. August 1969 vorgelegen, der handschriftlich für Referat I B 4 vermerkte: „Ich empfehle, mit Kontakten zu der kurdischen Führung sehr vorsichtig zu bleiben.“

Hat Vortragendem Legationsrat Söhnke am 4. August 1969 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Böcker und Legationsrat I. Klasse Bente verfügte.

Hat Böcker am 5. August 1969 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorsicht mit Kontakten zu Barsani u. a. auch im Hinblick auf Verh[ältnis] zur Türkei geboten; vgl. Bericht Ankara Nr. 1148/69 v. 25.6.69 – I A 4-83.“

Hat Bente erneut am 7. August 1969 vorgelegen.

² Am 24. Juni 1969 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, der israelische Gesandte Idan habe ihn „vor etwa zwei Wochen unterrichtet, daß der Kurdenführer Rahmani, einer der engsten Mitarbeiter von Barsani, zu einem inoffiziellen Besuch nach Bonn kommen werde“, und gefragt, ob er Interesse an einem „privaten Zusammentreffen“ habe. Er habe abgelehnt, da „die Bundesregierung an ihrer grundsätzlichen Politik sich in den Kurden-Konflikt nicht einzumischen, festhalten müsse“. Der Persönliche Referent des Bundesministers Eppler habe ihm mitgeteilt, „daß Herr Rahmani durch Vermittlung der Israelischen Botschaft und des Bundestagsabgeordneten Birrenbach gestern bei ihm vorgesprochen und um (nicht näher spezifizierte) Unterstützung des kurdischen Kampfes gegen die irakische Zentralregierung gebeten habe“. Regierungsrat Huonker habe vorgeschlagen, Rahmani auch im Auswärtigen Amt zu empfangen. Gehlhoff habe abgelehnt und Huonker gebeten, „daß seitens des BMZ keine weiteren Erklärungen gegenüber Herrn Rahmani abgegeben werden und dieser auch nicht ein weiteres Mal empfangen werden möge“. Ministerialdirektor Frank vermerkte dazu am 25. Juli 1969 handschriftlich: „Ich teile die Auffassung des Referats.“ Vgl. VS-Bd. 2793 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

standes und der Bedingungen, unter denen seine kurdischen Landsleute im Aufstandsgebiet leben. Er verurteilte die Anerkennung der „DDR“ durch die irakische Regierung.³

Seine Ausführungen brachten keine neuen Erkenntnisse, sondern bestätigten lediglich im Auswärtigen Amt bereits bekannte Tatsachen. Er beendigte seine Darlegungen mit dem Vorschlag, ständige Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Führern des kurdischen Aufstandes herzustellen und mit der Bitte, seinen Landsleuten Hilfe zu gewähren. Er bat auch um die Möglichkeit, mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu einem Gespräch zusammenzutreffen. Schließlich wollte er wissen, ob Bedenken dagegen beständen, daß private deutsche Organisationen Hilfsmaßnahmen zugunsten der kurdischen Bevölkerung einleiten. Er sicherte völlige Diskretion über das Gespräch und gegebenenfalls alle von deutscher Seite zu ergreifenden Maßnahmen zu.

Der Herr *Parlamentarische Staatssekretär* wies auf die großen Sympathien hin, die dem kurdischen Volk in der deutschen Öffentlichkeit entgegengebracht werden. Aber, so führte er aus, Sympathien und Herstellung amtlicher Beziehungen seien zweierlei. Die Herstellung amtlicher Beziehungen mit den Führern des kurdischen Aufstandes würde ihre völkerrechtliche Anerkennung implizieren. Diese sei aber nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts ausgeschlossen. Wir seien trotz des Standes unserer Beziehungen zu Bagdad entschlossen, diese Regelungen auch gegenüber dem Irak zu respektieren.

An dieser Stelle schaltete *Rahmani* ein, es sei ihm völlig klar, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der kurdischen Führung nicht in Frage käme, er dächte vielmehr daran, eine Form ständiger inoffizieller Beziehungen zu finden, die es ihm oder anderen Führern der Kurdenführung zukünftig ermögliche, unmittelbar ohne Einschaltung Dritter mit dem Auswärtigen Amt zu verkehren. Er wäre für die Angabe einer Stelle dankbar, an die er sich zukünftig wenden könne. Der Herr *Parlamentarische Staatssekretär* empfahl ihm, seine Anschrift zu hinterlassen (z.Z. Hotel Continental in Bonn) und sich unter genauer Angabe der jeweils zu besprechenden Themen an sein Büro zu wenden. Er selbst würde dann den Kontakt zu den in Frage kommenden Stellen vermitteln.

Ob Möglichkeiten beständen, der kurdischen Bevölkerung eine humanitäre Hilfe zu gewähren, würde seitens der Bundesregierung eingehend geprüft werden. Allerdings könne die Bundesregierung private Initiativen nicht ersetzen. Den Einwand *Rahmanis*, daß die Bundesregierung der Bevölkerung in „Biafra“ humanitäre Hilfe geleistet habe, berichtigte der Herr *Parlamentarische Staatssekretär* nachdrücklich. Die Bundesregierung habe für die Bevölkerung „Biafras“ unmittelbar keinen Pfennig gezahlt oder bereitgestellt, sondern lediglich privaten deutschen Hilfsorganisationen geholfen, ihre humanitären Aufgaben in „Biafra“ zu erfüllen.⁴ Selbstverständlich könne niemand diese privaten Hilfsorganisationen daran hindern, humanitäre Hilfsmaßnahmen auch zugunsten der

³ Der Irak nahm am 30. April 1969 mit der DDR diplomatische Beziehungen auf.

⁴ Die Bundesregierung stellte am 10. Februar 1969 15 Mio. DM für die vom Bürgerkrieg in Nigeria betroffenen Gebiete zur Verfügung. Damit erhöhte sich die von ihr seit Mitte 1968 bereitgestellten Mittel auf insgesamt 40 Mio. DM, die dem Deutschen Caritas-Verband, dem Diakonischen Werk der EKD und dem Deutschen Roten Kreuz als zweckgebundene Zuschüsse zugewiesen wurden. Vgl. dazu BULLETIN 1969, S. 151.

kurdischen Bevölkerung zu ergreifen. Sollten private Hilfsorganisationen die Absicht haben, dies zu tun, wäre zu prüfen, ob und inwieweit die Bundesregierung bereit wäre, sie bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen.⁵

Die Bitte, ein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu vermitteln, lehnte der Herr Parlamentarische Staatssekretär ab, er sagte Herrn Rahmani aber zu, den Herrn Minister eingehend über das stattgefundene Gespräch zu unterrichten.

Rahmani teilte nach Beendigung des Gesprächs noch mit, daß „Brot für die Welt“ und „Misereor“ sich bereit erklärt hätten, Hilfsmaßnahmen für die kurdische Bevölkerung einzuleiten.

VS-Bd. 2793 (I B 4)

228

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gehlhoff

I B 4-82.00/92.21-490/69 geheim

9. Juli 1969

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Jemen

I. Ergebnis der Verhandlungen

Vom 29. Juni bis 2. Juli 1969 führte ich in Begleitung von VLR Dr. Hauthal in Sanaa Verhandlungen mit der jemenitischen Regierung. Sie endeten am Abend des 2. Juli mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués, in dem die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen für den 15. Juli 1969 vereinbart wurde. Das Kommuniqué liegt bei.¹

⁵ Am 9. September 1969 informierte Ministerialdirektor Frank Botschafter von Lilienfeld, Teheran, Sami Rahmani sei „auf Bitten einzelner, der hiesigen israelischen Botschaft nahestehender Abgeordneter vom Parlamentarischen Staatssekretär empfangen worden. Die israelische Botschaft hatte sich auch unmittelbar für seinen Empfang im Auswärtigen Amt eingesetzt. Sie drängt auf deutsche Unterstützung der Kurden, da die Ausweitung des innerirakischen Konflikts zu einem Nebenkriegsschauplatz im Nahen Osten naturgemäß im israelischen Interesse liegt.“ Die Bundesregierung betrachte jedoch den Kurdenaufstand im Irak als ein innerirakisches Problem. Sie sei „trotz des Standes der deutsch-irakischen Beziehungen entschlossen, auch im Verhältnis zu Bagdad die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts zu respektieren und sich nicht in die innerpolitischen Auseinandersetzungen des Iraks einzumischen. Eine direkte oder indirekte militärische Unterstützung der Aufständischen ist daher auch mit Rücksicht auf die deutsch-arabischen Beziehungen und das deutsch-türkische Verhältnis ausgeschlossen.“ Es werde aber geprüft, „ob die Möglichkeit besteht, den Kurden eine gewisse humanitäre Hilfe unter Einschaltung privater oder kirchlicher Hilfsorganisationen zu leisten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 225; VS-Bd. 2793 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

¹ Dem Vorgang beigelegt. In dem Kommuniqué wurde erklärt: „The Government of the Yemen Arab Republic and the Government of the Federal Republic of Germany have agreed to resume diplomatic relations. This decision enters into effect as from today. Ambassadors will be exchanged as soon as possible. The two Governments have also decided to establish close cooperation in the economic and technical field. The two Governments are convinced that the resumption of diplomatic relations and their close cooperation will further strengthen the friendly ties between their two peoples.“ Vgl. VS-Bd. 2802 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

II. Der politische Verlauf der Verhandlungen

Die Verhandlungen wurden zunächst mit dem amtierenden Außenminister Djaghman geführt, mit dem Ministerialdirigent Prof. Caspari und ich schon im April in Mailand zu vorbereitenden Gesprächen zusammengetroffen waren.² Später wurden die Verhandlungen mit Außenminister Barakat fortgesetzt, der sich z. Zt. unseres Eintreffens im Jemen noch als Begleiter seines Staatspräsidenten zu offiziellen Besuchen in Äthiopien und im Sudan³ aufgehalten hatte. Das abschließende und entscheidende Gespräch fand am Abend des 2. Juli mit Ministerpräsident General Amri statt.

Alle Gespräche ließen den starken jemenitischen Wunsch hervortreten, sich angesichts einer immer enger werdenden Umklammerung durch die Sowjetunion wieder eine Öffnung nach dem Westen und die Basis für eine unabhängige Außenpolitik zu verschaffen. Außenminister Barakat berichtete, daß kürzlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Österreich vereinbart worden sei, und daß gleiche Schritte gegenüber anderen Ländern, namentlich Pakistan und Schweden, beabsichtigt seien. Auch an der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den USA, England und Frankreich sei die jemenitische Regierung stark interessiert. Andererseits stehe die jemenitische Regierung unter großem Druck der Sowjetunion, die „DDR“ anzuerkennen und jedenfalls nicht wieder diplomatische Beziehungen mit Bonn aufzunehmen. Noch vor kurzem habe der sowjetische Botschafter⁴ eine Note seiner Regierung und eine persönliche Botschaft Podgornyjs an Staatspräsident Iriani überbracht und nachdrücklich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ostberlin gefordert.

Die jemenitische Regierung, so wurde mir mehrfach erklärt, müsse im Fall der Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns mit der sofortigen Einstellung aller sowjetischen Hilfe sowie der Nachschublieferungen (einschließlich Ersatzteillieferungen) für die jemenitischen Streitkräfte rechnen. Auch müsse befürchtet werden, daß die Sowjetunion ggf. durch Erhöhung ihrer militärischen Hilfe an die Volksrepublik Südjemen (Aden), wenn nicht gar durch die Einschleusung südjemenitischer Agenten, Druck auf den Jemen ausüben würde. Allen diesen großen Risiken könne man sich nur aussetzen, wenn die Bundesregierung nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen den Jemen nicht im Stich lassen würde.

Nach meinem Gesamteindruck ist die jemenitische Regierung bemüht, noch den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, die ihr die Sowjets bereits um den Hals gelegt haben. „It's now or never“, sagte Außenminister Barakat. Die Regierung ist aber im Zweifel darüber, ob ihr bei dieser Bewegung nicht der Kopf abgerissen wird.

III. Wirtschaftliche Zusagen

Dr. Hauthal und ich haben in allen Gesprächen erklärt, daß für uns zum Bestehen normaler Beziehungen auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit gehöre. Wir haben auf Grund entsprechender Vorklärung in Bonn zugesagt, daß die

² Zu den Gesprächen am 15./16. April 1969 vgl. Dok. 132.

³ Präsident al-Iriani und Außenminister Barakat hielten sich vom 25. bis 29. Juni 1969 in Äthiopien und vom 29. Juni bis 1. Juli 1969 im Sudan auf.

⁴ Mirso Rachmatowitsch Rachmatow.

wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Auf- und Ausbau des Flughafens Sanaa sowie mit der Durchführung eines Bewässerungsprojektes beginnen könne. Hierbei haben wir die Höchstsumme von 15 Mio. DM genannt, die uns für das Jahr 1969 zur Verfügung stehe. Ferner haben wir auf die Weiterführung der beiden Projekte der früheren Technischen Hilfe⁵ und auf unsere einseitig eingeleiteten Weizenlieferungen⁶ hingewiesen. Ich habe schließlich versichert, daß ich mich nach Rückkehr nach Bonn unverzüglich und intensiv für eine Fortsetzung der Weizenlieferungen einsetzen würde, und daß unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit in den folgenden Jahren fortgesetzt werden sollte.

Einer direkten jemenitischen Bitte um militärische Unterstützung (Lieferungen von Kriegsmaterial und Munition) bin ich ausgewichen. Einer wiederholt und nachdrücklich vorgebrachten Bitte um einen Finanzkredit durch die Bundesregierung bin ich mit dem Hinweis begegnet, daß hierzu in Deutschland keine gesetzliche Möglichkeit bestehe, daß unsere Weizenlieferungen aber einer indirekten Budgethilfe nahekämen. Gegen Ende der Verhandlungen brachte Außenminister Barakat im Auftrag seines Ministerpräsidenten den Wunsch vor, statt des vorgesehenen Bewässerungsprojekts die Asphaltierung der in früheren Jahren von den Amerikanern angelegten Schotterstraße von Sanaa nach Taiz (Länge ca. 260 km) auf unsere Wirtschaftshilfe zu übernehmen. Wir haben schließlich zugesagt, dieses Projekt zu übernehmen, soweit bis zur Summe von 15 Mio. DM im Jahr 1969 noch Mittel hierfür zur Verfügung stehen.⁷

Wir haben vermieden, auf die jemenitische Bitte um schriftliche Fixierung der wirtschaftlichen Absprachen einzugehen. Es wurde lediglich der Grundsatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Kommuniqué festgehalten. Wir haben der jemenitischen Regierung aber anheim gestellt, den Inhalt unserer wirtschaftlichen Absprache bei Veröffentlichung des Kommuniqués einseitig bekannt zu geben.

IV. Beurteilung und weiteres Procedere:

Nach dem Rücktritt des jemenitischen Ministerpräsidenten am 8. Juli und nach der für den 10. Juli zu erwartenden vollen Anerkennung der „DDR“ durch

⁵ Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den Jemen am 14. Mai 1965 wurde die Technische Hilfe eingestellt. Davon betroffen waren Projekte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens und der landwirtschaftlichen Förderung.

⁶ Am 11. Juni 1969 teilte die Bundesregierung der Arabischen Republik Jemen mit, daß sie im Rahmen des vom EG-Ministerrat am 4. März 1969 verabschiedeten „Durchführungsschemas“ für die Nahrungsmittelhilfe nach der Internationalen Getreideübereinkunft der Kennedy-Runde 2160 t Mehl (bzw. 3000 t Weizen) liefern werde. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 30 des Vortragenden Legationsrats Hauthal an den deutschen Stab an der italienischen Botschaft in Taiz (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen); Referat III B 6, Bd. 619.

⁷ Vom 21. bis 23. Juli 1969 fanden in Bonn Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Arabischen Republik Jemen über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit statt. Dabei stellte die Bundesregierung eine Kapitalhilfe in Höhe von 20 Mio. DM in Aussicht. Ferner erklärte sie sich bereit, eine Projektprüfung für den Ausbau des Flughafens Sanaa, die Asphaltierung der Straße von Sanaa nach Taiz sowie den Bau von Brunnen zur Bewässerung des jemenitischen Hochlandes vorzunehmen. Im Rahmen der Technischen Hilfe würden für die Wiederaufnahme der Projekte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens und der Landwirtschaft 4,3 Mio. DM bereitgestellt. Schließlich wolle sich die Bundesregierung bemühen, zusätzlich zur bereits vereinbarten Lieferung weitere 7200 t Mehl (bzw. 10 000 t Getreide) zu liefern. Für die Verhandlungsniederschrift vgl. Referat III B 6, Bd. 619.

Kairo⁸ erscheint es nicht sicher, ob die jemenitische Regierung an ihrem Entschluß zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit uns festhalten wird. Unsere Vertretung im Jemen steht hierüber in laufendem Kontakt mit der Regierung und wird uns telegrafisch von allen neuen Entwicklungen unterrichten.

Die wirtschaftliche Seite der Vereinbarungen wird ggf. durch Abteilung III zu bearbeiten sein. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß unsere Zusagen zügig erfüllt werden und unsere Präsenz im Jemen kontinuierlich dargetan wird.⁹ Sollte die jemenitische Regierung unter erheblichen wirtschaftlichen Druck der Sowjetunion geraten, müßte nach meiner festen Überzeugung eine rasche Entlastung in Form einer commodity aid (etwa Benzinlieferungen bis zu 5 Mio. DM) durchgeführt werden.

Analog zum Fall Jordanien¹⁰ ist bei Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Jemen ein Telegrammwechsel zwischen den beiden Staatsoberhäuptern vorgesehen (s. Anlage¹¹). Wegen der besonderen Vertraulichkeit wurde MDg Prof. Caspari mündlich gebeten, hierzu die Zustimmung des Herrn Bundespräsidenten einzuholen.¹²

Es wird ferner gebeten, den Herrn Bundeskanzler von den Vereinbarungen mit der jemenitischen Regierung zu unterrichten.

Hiermit über Herrn DI¹³ und den Herrn Staatssekretär¹⁴ dem Herrn Minister¹⁵ vorgelegt.

Gehlhoff

VS-Bd. 2802 (I B 4)

⁸ Vgl. dazu Dok. 226.

⁹ Am 28. November 1969 unterzeichneten Staatssekretär Harkort und der Stellvertretende Ministerpräsident der Arabischen Republik Jemen, Djaghman, ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit, vier Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über die Lieferung von Nahrungsmitteln. Danach gewährte die Bundesregierung eine Kapitalhilfe in Höhe von 25 Mio. DM. Für den Wortlaut der Abkommen vgl. Referat III B 6, Bd. 619 bzw. Bd. 640. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1969, S. 1248.

¹⁰ Die Bundesrepublik und Jordanien nahmen am 27. Februar 1967 die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung sowie des Telegrammwechsels zwischen Bundespräsident Lübke und König Hussein vgl. BULLETIN 1967, S. 172.

¹¹ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2802 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1969, S. 819.

¹² Die Bundesrepublik und die Arabische Republik Jemen gaben am 15. Juli 1969 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannt.

Alfred Vestring übergab am 16. September 1969 Präsident al-Iriani und Hassan Mohamed Makki am 12. August 1970 Bundespräsident Heinemann das Beglaubigungsschreiben.

¹³ Hat Ministerialdirektor Frank am 11. Juli 1969 vorgelegen.

¹⁴ Hat Staatssekretär Harkort am 18. Juli 1969 vorgelegen.

¹⁵ Hat Bundesminister Brandt am 20. Juli 1969 vorgelegen.